

Bezugspreis:

Vom 18.-19. Januar 85 Goldmark ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 17. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Mordversuch des „Consuls“.

Deutschvölkische verraten den Attentäter.

Der durch die Verhaftung im Café Josty vorläufig unterbrochene Anschlag auf den Oberkommandierenden der Reichswehr, General v. Seeckt, findet nach und nach seine Aufklärung.

Der verhaftete Thormann gab sich als ein ehemaliger Offizier aus. Jedoch ist er es nie gewesen. Wohl aber gehörte er dem „Wiking-Bund“ an, der bekanntlich eine Abteilung der „Organisation Consul“ ist.

noch unter dem Ausnahmezustand ein anderer Diktator komme, der ein „weiter Nord“ sein müsse, aber nicht Ludendorff, sondern Ehrhardt heißen werde.

In der Zusammenkunft selbst entwickelte er alle Einzelheiten seines Planes. Er hatte hier ermittelt, daß General v. Seeckt jeden Vormittag vor Antritt seines Dienstes in einem Tatterfall in der Bendlerstraße zu reiten pflegt.

Die Deutschvölkischen hatten jedoch inzwischen das Reichskommissariat benachrichtigt. Dieses beschloß sich von der Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl und ließ sodann um 11 Uhr, ohne noch die Berliner politische Polizei zu benachrichtigen, Thormann im Café verhaften.

Bei der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, dem Thormann vorgeführt wurde, ergab sich, daß noch ein anderer Mitwisser des Attentatsplans aus Bayern nach Berlin gekommen war.

Wie wir weiter erfahren, ist dem preussischen Innenminister Seevering wenige Stunden nach der Verhaftung über die Vorgänge Bericht erstattet worden.

Der Attentatsplan geht augenscheinlich wieder von der „Organisation C“ aus, die in solchen Dingen ja bereits einige Übung hat.

Ludendorff eingeschworen sind, ist ihnen, wie es scheint, das Drängen Ehrhardts nach einer nationalen Führerrolle unbequem geworden.

Ehrhardt läßt sich! Der Führer der Mordbanden, Ehrhardt, schreibt an den Herausgeber der völkischen Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ einen Brief.

„Die Geschichte der Marinebrigade ist mit Blut geschrieben im deutschen Kampfe um den Namen Braunschweig, München, Berlin, Obereschlesien.

Der vom Staatsgerichtshof gesuchte Hochverräter Ehrhardt darf in Bayern also offen damit renommieren, daß seine Mordbanden ihre blutige Geschichte auf deutschem Boden und gegen deutsche Volksgenossen geschrieben haben.

Ludendorff in Ungarn.

Budapest, 16. Januar. (WTB.) Im Ullain-Prozess führte der Staatsanwalt in seiner Anklagerede aus: Durch die Tatsachen und die Geständnisse der Angeklagten sei erwiesen, daß ein Vertrag zwischen den ungarischen und den bayerischen Nationalisten

abgeschlossen und mit Waffengewalt eine Regierungsänderung vorgenommen werden sollte.

Neuwahlen in Frankreich.

(Von unserem Pariser Korrespondenten)

Paris, 14. Januar.

Die laufende Legislaturperiode des französischen Parlaments geht am 31. Mai zu Ende. Die Neuwahlen zur Kammer, die nach der Verfassung frühestens 60 Tage vor dem Erlöschen des Mandats der gewählten Deputierten stattfinden

Der Mißerfolg der von der Regierung gegen den fortschreitenden Verfall der französischen Währung ergriffenen Maßnahmen, die in Wirklichkeit nichts als lächerliche Palliativmaßnahmen waren, hat die öffentliche Meinung des Landes ungewöhnlich stark erregt.

Die Sozialistische Partei Frankreichs wird durch die Neuwahlen vor ein sehr heisses Dilemma gestellt. Für alle wirklich demokratischen Elemente gibt es in diesem Wahlkampf nur ein Ziel: die Zerschlagung des nationalen Blocks.

Die Sozialistische Partei Frankreichs wird durch die Neuwahlen vor ein sehr heisses Dilemma gestellt. Für alle wirklich demokratischen Elemente gibt es in diesem Wahlkampf nur ein Ziel: die Zerschlagung des nationalen Blocks.

der entschieden bürgerlichen Linken, Radikale, Radikal-soziale und republikanische Sozialisten, oder im Zusammengehen mit den Kommunisten, die seit einigen Wochen die Taktik der schroffen Ablehnung jedes Zusammengehens mit den Sozialisten aufgegeben und selbst die Initiative zu einem Wahlbündnis ergriffen haben.

„Kartell der Linken“ oder „Bünd der Arbeiterparteien“ ist deshalb gegenwärtig die große Streitfrage, die die Sozialistische Partei in zwei Lager spaltet. Die endgültige Entscheidung darüber wird erst auf dem besonders dazu einberufenen Parteitag fallen, der in den Tagen vom 30. Januar bis 2. Februar in Marseille stattfindet. Schon heute aber ist die Diskussion darüber in Versammlungen und Presse und vor allem auch innerhalb der provinziellen Organisationen in vollem Gange. Vorteile und Nachteile beider Kombinationen liegen auf der Hand. Gegen ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken sprechen neben der Befürchtung vor der agitatorischen Ausbeutung einer solchen Koalition durch die Kommunisten vor allen Bedenken allgemein politischer Natur. Die Radikalen und Radikal-sozialen, die auf bürgerlicher Seite den tragenden Pfeiler eines solchen Kartells der Linken bilden würden, sind weder auf innen- noch auf außenpolitischem Gebiet sehr zuverlässig. Ihr Programm ist zwar in bestem Sinne demokratisch, aber die Zusammensetzung der Partei ist so wenig homogen, die unsicheren Rantonisten in ihr so zahlreich und die Parteidisziplin so gering, daß man innerhalb der Sozialistischen Partei von einem Zusammengehen mit ihnen eine starke Kompromittierung der Zukunft und eine unter Umständen verhängnisvolle Schwächung der propagandistischen Stoßkraft befürchtet.

Gegen ein Bündnis mit den Kommunisten spricht vor allem deren bisherige Politik. Sie haben in den letzten Jahren ihre Hauptaufgabe in der schonungslosen Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Zersplitterung der Arbeiterschaft. Daß es den Kommunisten bei dem angeblichen Wahlbündnis nicht um die Sache der Arbeiterschaft, sondern lediglich um ihre eigenen sehr egoistischen Ziele zu tun ist, zeigt am deutlichsten die von ihnen gestellte Bedingung, daß das Bündnis für die Gesamtheit aller Wahlkreise bindend sein und die Sozialistische Partei auf jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Gruppen verzichten müsse. Was sie damit von der Sozialistischen Partei verlangen, wäre glatter Selbstmord. Ein wirklicher Mandatserfolg könnte einem sozialistisch-kommunistischen Block nur in den nördlichen Industriebezirken beschieden sein, wo bei den letzten Wahlen 153 322 bürgerliche Stimmen 191 963 sozialistische und 61 279 kommunistische Stimmen gegenübergestellt haben. Möglich wäre darüber hinaus vielleicht die Eroberung der Pariser Bananellen. In der großen Mehrzahl aller übrigen Wahlkreise aber würde ein Block der Arbeiterparteien nur auf minimale Erfolge zu rechnen haben, während im Bündnis mit der bürgerlichen Linken den Sozialisten eine recht beträchtliche Anzahl von Mandaten sicher wäre. Die Erfüllung der kommunistischen Forderung dagegen würde dort überall den leichten Sieg des nationalen Blocks zum Schaden der Demokratie und des Sozialismus zur Folge haben. Denn in den meisten dieser Wahlkreise sind weder die Arbeiterparteien noch die bürgerliche Linke für sich allein stark genug, um der geschlossenen Front der gegnerischen Parteien eine genügend große Anzahl Mandate zu entreißen und so die heutige nationalitäts-reaktionäre Mehrheit in eine demokratisch-sozialistische zu verwandeln. Der Gewinn einiger Mandate im Verein mit den Kommunisten würde demnach mit der Preisgabe des bei einem taktischen Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken sicheren Erledigung des nationalen Blocks bezahlt werden müssen.

Erwägungen dieser Art waren es zweifellos, die bereits zahlreiche Bezirksorganisationen über den Kopf der Parteileitung hinweg hindende Abmachungen mit den Radikal-sozialen haben abschließen lassen, die allerdings noch der Bestätigung durch den Parteitag unterliegen. Die Verantwortung der Entscheidung, die dort die Führer zu treffen haben werden, ist unter diesen Umständen doppelt schwer.

Handelskammerfreiheit.

Wenn Syndizal politisieren.

In dem Jahresbericht, den die Essener Handelskammer dieser Tage veröffentlicht, findet sich in dem wirtschaftlichen und politischen Rückblick auf das Jahr 1923 folgende Betrachtung über den Ausgang des Ruhrkampfes:

„Der Wille der Ruhrbevölkerung zum Kampf war fest wie ihre Hoffnung auf den Sieg und doch wurde der Kampf verloren. Der große grundsätzliche Fehler in der Kampfstrategie des „passiven Widerstandes“ schließlich liegt in der Passivität selbst. Sie ist ein feminines Kampfmittel; der entschlossene, zähe aber die physische Macht verfügbare Gegner kann den von körperlichen Zuständen abhängigen Willen des Widerstrebenden durch Entzug der Nahrung und sonstiger Existenzbedürfnisse erschüttern. Die Methode der Passivität wird krankhaft, wenn der Mann, der sie anwendet, sie mit einem Glanzscheitern zu umgeben versucht, wie die Propagandavorträge unserer deutschen Künstler mehrfach zeigen. Erklärung findet diese Niedergangerscheinung nur in der inneren Umstellung großer Teile des deutschen Volkes, das durch den „Margismus“ fast restlos vererbt ist.“

Der „Margismus“ ist Peinlich. Es gibt für ihn keinen Ruhm und kein Vaterland.

keine Freude an dem Todesmut des Vaterlands-liebenden Kämpfers; er gab der Frau das Wahlrecht und nahm auch die Kampfstrategie des Weibes an. Geistliche Führer des Sozialismus glaubten sich, daß mit dem Ruhereinbruch und mit dem passiven Widerstand eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit begonnen habe.“

Die Freiheit, die aus dieser Beschreibung des deutschen Volkes spricht, spottet wirklich jeder Beschreibung. Das „feminine Kampfmittel“ wurde bei Beginn der Ruhrbesetzung von Reichsregierung und Reichstag einmütig als die gegebene Abwehrmethode gegen den fremden militärisch-imperialistischen Vorstoß proklamiert. Millionen haben im Zeichen dieses Abwehrkampfes ihr Bestes hergegeben und ihr Land zu verteidigen gesucht. Die Markisten, die die Unternehmerrudal aus sicherem Port zu beschimpfen wagen, haben in vorderster Reihe gestanden, ohne sie wäre eine Abwehr nicht einen Tag möglich gewesen. Sie haben ihrem Vaterlande größere Treue bewiesen, als die unerschämte Gesellschaft, in deren Auftrag diese Sühnel von einer amtlichen Anstalt gedruckt und in die Welt verstreut wird. In keinem Lande der Welt würde es möglich sein, daß offizielle Unternehmerrudal in dieser schamlosen Weise über die Arbeiterschaft ihres Landes herzutreten wagen. Daß ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung“ diese gemeine Selbstbeschuldigung des eigenen Volkes abdruckt, mag, und sie gar noch zustimmen unterstreicht, daß die „Lagerzeitung“ die sinnlosen Sabotageakte in diesem Zusammenhange noch einmal rühmend als Heldentaten hervorhebt, ist nur bezeichnend für die Verdohrtheit und parteipolitische Verranntheit der heutigen Reaktion. Sehr mit Recht verweist die „Vossische Zeitung“ die Art, wie in England die Konföderation sich zu der kommenden Arbeiterregierung verhalten, mit dem hemmungslosen und fanatischen Kampf der deutschen Reaktionäre gegen die Staatsgewalt. Sie schreibt ihnen ins Stammbuch:

„Gerade die Kreise, die bis zum November 1918 auch die lokale Disposition als Aufhebung neuer gesetzlicher Maßnahmen verurteilten, hatten es für ihr Recht, die anstößigen Schmeicheleien des Volkes als Mittel, Fortschritt und Grundlage einer verführerischen Agitation zu benutzen. Sie kennen keinerlei Hemmung in der Kritik und keinerlei Rücksicht auf die anstößigen Folgen ihrer gewisslosen Hebe. Sie scheuen sich nicht, Verbesserungsmaßnahmen, die sich anbahnen, durch unverantwortliche Reden und Schreibern zu zerstören. Sie mißbrauchen die Not der Nation als Hebel, um für sich und ihre Gesinnungsgenossen die Macht zurückzugewinnen, die sie verloren hatten, weil sie den Geist der Zeit nicht erkannten.“

Ob die Herren der Essener Handelskammer sich wohl schon einmal überlegt haben, wie ihre Beschimpfungen des deutschen

Volkes auf das Ausland wirken? Wir glauben, daß ihnen dafür jeder Sinn fehlt und daß ihnen das auch ziemlich gleichgültig ist. Der Wappenspruch ihrer Auftraggeber lautet: „Was kostet die Welt?“ und nicht „Deutschland — über alles!“

Gegen Dänen und Sozialisten.

Im Preussischen Landtage haben die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Winkler (Merseburg) und Ribberg (Schleswig-Holstein) nachfolgende große Anfrage gestellt:

„Unwiderrspochen, auch sozialistischen Zeitungsnachrichten zufolge hat der Vorsitzende der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Weis, mit dem Führer der dänischen Sozialdemokraten ein Abkommen getroffen, nach dem die heutige dänische Grenze als endgültig anerkannt wird. Als Lohn für dies Abkommen soll die sozialistische Presse von den Dänen mit Geld unterstützt werden. Hält das Staatsministerium, dem der Präsident und mehrere Ressortminister der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören, ein derartiges Abkommen im Staatsinteresse für erträglich?“

Das Abkommen zwischen der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie ist natürlich weder ein Staatsvertrag noch der Ersatz eines solchen, sondern nur eine Vereinbarung zwischen zwei Gliedern der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die sie verpflichtet, die Politik ihrer Länder in der vereinbarten gemeinsamen Richtung zu beeinflussen. Das Einhalten dieser Richtung entspricht dem Interesse beider Länder, ganz besonders auch dem Interesse Deutschlands. Mit welchem Nachbar soll denn Deutschland in Frieden leben, wenn es dies nicht einmal mit dem kleinen germanischen Dänemark vermag? Wohlverstanden deutsche Interessen im Geist der internationalen Verständigung wahrzunehmen, war das Ziel des Abkommens, und nur deutschnationalen Gehirne können die schmutzige Lüge erfinden, der deutsche Kontrahent habe ihm aus geldlichen Gründen zugestimmt.

Aber freilich, zu Agitationszwecken ist die Lüge, die Sozialdemokratie habe sich gewissermaßen vom Ausland bestechen lassen, trefflich brauchbar, am Ende sogar ist sie als taktisches Mittel gegen die preussische Koalitionsregierung verwendbar. Wer solche Lüge winken sieht, wäre kein deutschnationaler Mann, wenn er nicht ihnen zuliebe auf sämtliche „Belange“ der deutschen Außenpolitik pflüge.

Schachts Pariser Reise.

Paris, 16. Januar. (Eigener Drohtbericht.) Die an den Präsidenten der Reichsbank Dr. Schacht ergangene Einladung zu einer Besprechung mit dem Sachverständigenausschuss der Reparationskommission soll auf die persönliche Initiative des amerikanischen Ausschussmitgliedes Dawes zurückzuführen sein. In Kreisen, die der Reparationskommission nahe stehen, wird berichtet, daß Dr. Schacht bereits z. T. entsprechend geantwortet habe und binnen wenigen Tagen in Paris eintreffen werde. Die von ihm gewünschten Auskünfte sollen in dem Einladungsschreiben genau präzisiert sein. Es handelt sich danach insbesondere um den Goldbestand der Reichsbank, um die augenblickliche Bilanz des Unternehmers, die Höhe der augenblicklichen Inflation in Deutschland und den Bestand an ausländischen Devisen in den Händen der Banken und Privatleute.

„New York Herald“ will darüber hinaus wissen, daß Dr. Schacht nicht allein, sondern von einem Stabe von Mitarbeitern begleitet kommen werde und sich darunter auch Herr Stinnes befinden werde. In Kreisen des Sachverständigenausschusses soll die Auffassung vorherrschen, daß eine der ersten Vorbedingungen für die dauernde Stabilisierung der deutschen Währung die Gründung einer Goldemissionsbank sei. Ein Projekt dieser Art soll den Vertretern der Reichsbank zur gütlichen Äußerung vorgelegt werden.

Staatssekretär Bergmann weiß bereits seit einigen Tagen in Paris, wo er Gelegenheit hatte, mit Mitgliedern des Sachverständigenausschusses in Führung zu treten. Staatssekretär Bergmann soll bereits über verschiedene Fragen vom Ausschuss zu Rate gezogen worden sein.

Unser neuer Roman.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck eines neuen Romans:

„Der Bürger“ von Leonhard Frank.

Unseren älteren Lesern ist der Verfasser wohl vertraut. Wir trachten von ihm während des Krieges sein tiefstürzendes Werk „Die Ursache“, worin er mit einer Dostojewskis würdigen Psychologie in unerbildlicher Konsequenz die Ursache eines „Verbrechens“ bloßlegte. Leonhard Frank ist der soziologische Forscher und dichterische Darsteller der Jugend. In seinem ersten Roman: „Die Kämpfer“ hatte er die Entwicklung seiner heimatsüchtigen Generation mit intuitiver Einfühlung geschildert. Auch sein neuer Roman ist wieder die Geschichte einer ganzen Generation — diesmal einer bürgerlichen, die aber kontrastiert wird mit der Arbeiterbewegung. Der Sohn einer guten alten bürgerlichen Familie, der aus der Kriegeschlacht und ausgerückt von dem Sturm der Zeit eigene Wege sucht, wird uns vorgestellt. Er tastet, er probiert, er sieht vielerlei Schicksale seiner Gefährten, bricht schließlich alle Brücken ab. Der Ruf nach Gerechtigkeit und Freiheit, der aus der Arbeiterklasse aufsteigt, hat ihn in seinen Bann geschlagen. Aber aus Klasseninstinkt wird er wieder abtrünnig und macht die Karriere des großen Geschäftsmannes. Doch die einmal vernommene Volkshoffnung bleibt lebendig in ihm, er macht alle Qualen eines Daseins durch, das ihm ohne Inhalt und Bedeutung erscheint. Noch einmal löst er sich von allem, sucht alle Auswege bis zur Irrenanstalt und zum Selbstmord, bis ihm klar wird, wo der rechte Weg ist, der zur Menschlichkeit und zum eigenen Glück führt: im Sozialismus. . . . So ist Franks neuer unmittelbar aus der Zeit geschöpfter Roman Anlage und Verheißung zugleich. Auf höherer Stufenleiter vereint er darin alle die Vorzüge, die seine früheren Werke auszeichneten: das miffühlende Wissen um die Kämpfe der Jugend, die psychologische und gesellschaftliche Erfassung ihrer Zusammenhänge und die Sehnsucht nach einem höheren menschenwürdigen Ziel — wie er sie zuerst in seiner Novellenfolge „Der Mensch ist gut“ als Protest gegen den Krieg und Aufruf zur Erneuerung erklingen ließ.

Das alte Melos.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Nach Strawinsky und Schönberg — Beethoven und Mozart. Die Reihenfolge ist zeitlich bisher anders gewesen. Aber ob nicht schließlich die Gegenwarts- und Zukunftsmusik des 20. Jahrhunderts wieder die Musik des 19. und 18. folgen wird? Wir treiben bewußt immer wieder zu dem Experiment an, Zeitliches in zeitlichem Klanggewande zu vermitteln. Unsere Zeit hat einen anderen, einen gehegten, schnellen, wechselvollen Rhythmus bekommen.

Ihn spiegelt genial Strawinsky in seinem Werk. Unsere Zeit schreit, statt zu singen, sie ist mühselig in Reiz und Arbeit geworden, sie sprengt alte Gefühlsketten und schmiedet neue. Andere Sehnsüchte, andere Stimmungen, andere Ordnungen; also auch ein anderes Gefühlleben in der Musik. Schönberg ist der größte und befruchtendste Exponent dieses neuen Melos.

Aber es ist keine Gefahr, daß das alle schwindet. Unser Gewissen findet schnell wieder zu ihm zurück und fürchtet sich nicht vor dem Vorwurf des Verrats. Erst wenn wir durch die Stylla des futuristischen Experiments und die Chorybbis des Nur-Zeitgebundenen hindurch sind, dann werden wir wissen, was echt und wahr, was einseitig und was unsterblich ist. Die große Erlebnisspur, die sich in unserem Musikherzen einzeln, ist seit Mahler und Bruckner nicht verwischt, nicht erneuert, nicht vertieft worden. Ein Mozart-Abend lockt Tausende zu Bruno Walter. Herzlich. Ein großartiger im Detail fast zu minutiös gedebelter sinfonischer Anfang (Jupiter-Sinfonie); dann ein Konzert in schmiegsamster, weicher Begleitung; zuletzt die Frühlingssinfonie (Es-dur). Diese trifft bereits Ermüdete, und auch die Philharmoniker spielen bequemer, ausgereicher-einförmiger als sonst. Es fehlt die Möglichkeit, in einer an Melodie, Form, Stimmung so erquickenden, dennoch an Reizen gleichmäßigen Musik genüßend Hörübungen und Differenzierungen zu entwickeln. Wer wird zwei Stunden lang nur an Rosenduft sich ergötzen wollen? Der Feiz verflüchtigt sich. Und man fragt, gerade bei der Verliebtheit in Mozartsche Musik (also Musik überhaupt): ist das nicht eine zu bequeme Sache für Walker, der berufen wäre, propagandistisch neue Quellen, auch neue Quellen im alten Musikerverwald zu erschließen? War nicht am Beifall deutsch ein Abstieg zu merken? Zuerst Kaufsch, zuletzt ermüdete Sympathie?

In alter Herrlichkeit, domhaft rogend befiest auch die Missa solennis Beethovens immer wieder allen Spul, alle Gebrochen. Das spröde Werk, im Orchesterlag sogar merkwürdig unvollständig, hebt uns empor, auch wenn es immer noch Kämpfe in unserem eigenen Sein entfesselt. Vielleicht ist diese ausstrahlende und mit-reichende, aktive Energie sogar das Element, das die Mißsa mit dem ungläubigen, unzufriedenen Menschen von heute am stärksten verbindet. Bruno Mittel steigert die Wirkung des Werkes von Mal zu Mal und arbeitet das Gegenfaktische mit großem Geschmad heraus. Da ist nichts mehr unerlebt, und selbst Klang-Widerborstiges bewängt der Chor ohne Gefahr. Im Soqaquartett singen Poite Leonard und Georg Walter innerlich und äußerlich frei, abolut versenkt in das Melos und die rhythmische Linie, Stiltänder oon höchstem Rang; langsam folgen ihnen die Kliffin Schloß-hauer-Reynolds und der Bassist Rissen.

Was Stützgefühl für den Künstler ausmacht, zeigt Frieda Kwarschodapp deutlich. Diese Frau mit der männlichen Einstellung auf Mozartsche Profanmusik und Stimmsfälle ist nicht einseitig. Ein außerordentliches Empfinden für rhythmische Wesenheiten macht ihr Bach-Spiel lebendig und kommt auch einem Beethovenischen Capriccio zugute. Ein wenig mehr Humor oder Lebenslust im Spiel

müchte man wünschen; doch bleibt auch der Ernst und die Herbitheit die'r Frau salzinierend.

Lebt in Frau Kwast ein männlicher Impuls, der die Balance zur Frauenhaftigkeit bildet, so hat Georg Bertram den entgegengelegten Zug zum zarten, düstigen, fühlamen Anschlag der Frau. Das mocht sein Chopin-Spiel zu einem erlebten Genuß. Seine Mozart-Auffassung und Spielart hat die gleiche Freude am Schwebenden, weichen Klang. Doch fehlt im Es-dur-Konzert das Tänzerische, das Schwungvolle. Die innere Bewegung hastet am Detail, das wie eine Miniatur umschmeichelt wird. Das große Format des philharmonischen Spielers hat Bertram noch nicht. Aber wer technisch so gereift ist wie er, hat Unwertschaft, das Format auch innerlich zu erreichen. Außerlich hatte er einen großen Erfolg.

Reichgründungsfeier.

Ein interessantes Genrebild aus dem sechsten Jahre der deutschen Republik: Reichgründungsfeier des Vereins deutscher Studenten in der Berliner Universität.

Die geräumige neue Aula ist drückend voll, nicht nur die gesamte nationalitätliche Studentenschaft, das ganze reaktionäre Berlin scheint sich ein Stelldichein zu geben. Oben auf dem hohen Rednerpult steht der wohlbestaltete Rektor der Universität, der Geheimregerungsrat Koethe, als Germanist und Vorkämpfer der Goethe-Gesellschaft, noch mehr aber als rühriger Vorkämpfer der Reaktion und eifrigster Bekämpfer alles dessen, was sich republikanisch nennt, weitesten Kreisen wohlbekannt. Man muß es ihm lassen; er versteht keine Satze. Natürlich: ein begeisterter Lobgesang auf das alte Preußen und seine Monarchen, seinen Kriegsruban und seine Beamten, die sich in altpreussischer Unbedachtlichkeit niemals im Dienste berechnert haben (Professor Koethe scheint den Minister Friedrich Wilhelms II., den Genera. van Bismarck, nicht zu kennen), und zum Schluß wird auch noch unser Kant ganz als Verkörperung des reinsten Stockpreuhenstums hingestellt. Alle irgendwie freiheitlich-demokratischen Flüge ignoriert Herr Koethe vollkommen, soweit er sie nicht donnernd angreift und außerordentlich temperamental voll verdammt. Freilich, in repräsentativer Stellung, als Rektor von Deutschlands größter Universität, muß man sich etwas Respekt auferlegen. Immerhin vermag er es nicht, jedem Satz und jeder Redewendung eine kleine Spitze gegen die Republik zu geben; und wenn ihm zufällig statt eines Aftens auch einmal ein ganzer Klumpen behender antik-republikanischer Salive durchgeht, dann dröhnt das Auditorium von dem pathetischen Schlägerlären der Chargierten und dem Fuß-trampeln der Zuhörer.

Oben zu Füßen des eifrigen Herrn Koethe steht man einen anderen, bedeutenderen deutschen Professor: den alten Fichte, der die Monarchie nur ein Ubergangsstadium nannte und in glühenden Schritten die Rechtmäßigkeit der französischen Revolution verteidigt hat. Unter der drückenden Rot seiner Nation wurde er ein erblicher und begeistertster Patriot, der aber trotzdem stets ein Vorkämpfer wahrhaft demokratischer und sozialer Lebensauffassung geblieben ist und heute noch als einer der bedeutendsten Vorkämpfer des Sozialismus gilt.

Aber auch zu Füßen des donnernden Herrn Koethe sitzt eine

Curzon gegen die Pfalzabenteurer.

London, 18. Januar. (WTB.) Oberhaus. Ausführlicher Bericht über die allgemeine europäische Lage sprechend, erklärte Curzon, die Schwierigkeiten, denen man gegenübergestellt worden sei seien aus der Ruhrbesetzung entstanden. Die britische Regierung habe es bekanntlich abgelehnt, irgendeine Verantwortung dafür zu übernehmen und sei auch heute nicht bereit, daran teilzunehmen. Die Voraussetzungen, die sie seinerzeit über die Ergebnisse dieser Besetzung gemacht habe, hätten sich wie zu befürchten war, mehr als erfüllt. Trotzdem sei die britische Regierung ebenso wie Lord Grey der Ansicht gewesen, daß man zu einer Regelung der europäischen Frage kommen könne nur bei Aufrechterhaltung der Entente, und während der letzten Jahre habe sie standhafte und angestrengte Bemühungen in dieser Richtung unternommen. Curzon gab weiter der Hoffnung und Zuversicht Ausdruck, daß die beiden von der Reparationskommission gebildeten Ausschüsse eine weise und sachmännliche Prüfung der allgemeinen Lage vornehmen und einen Bericht abgeben würden, der zu einem Schritt vorwärts in der Lösung des Reparationsproblems führen werde. Ueber die „sehr beunruhigende Lage in der bayerischen Pfalz“ führte Curzon aus, auch er sei der Ansicht Lord Greys, daß die Schaffung von künstlichen Staaten aus dem Körper des Deutschen Reichs nicht von den Alliierten erlaubt werden dürfe, außer wenn eine solche Bewegung die wirkliche Stimmung der fraglichen Bevölkerung darstelle und eine allgemeine Tendenz, die von der zuständigen Regierung selbst gebilligt werde. Die Geschichte der separatistischen Bewegung könne in einigen Sähen zusammengefaßt werden. Seien Schluß des letzten Sommers sei eine Reihe von sporadischen Versuchen unternommen worden, kleine örtliche Republiken zu errichten, es handelte sich zum größten Teil um von Unruhen begleitete Aktionen einer

Gruppe von Abenteurern ohne Ansehen.

Die nicht die Bevölkerung vertreten noch ihren Willen zum Ausdruck brachten. Alle diese Pläne, gegen die sich die britische Regierung wandte, und die sie mit allen in ihrer Macht befindlichen Mitteln entmiltigte, seien allmählich zusammengebrochen, und man habe schon geglaubt, daß die Atmosphäre klarer werde, als man nämlich im November von einer neuen Bewegung in der von französischen Truppen besetzten Pfalz gehört habe. Die Informationen der britischen Regierung gingen aber dahin, daß dort keine einheitliche Stimmung für eine Loslösung vom Reich bestand. Die Hauptrolle sowohl der römischen als auch der protestantischen Kirche in der Pfalz hätten den alliierten Oberkommissaren mitgeteilt, daß die Bewegung

dem Geist der Bevölkerung vollkommen fremd

sei, und daß die Unterschriften unter die Unabhängigkeitserklärungen durch Drohungen erzwungen worden seien. Lord Kilmarnock habe dabei nicht gegögert, einen Vorschlag abzulehnen, der auf die Anerkennung eines neuen Staates hinausgelaufen wäre, welcher so gut wie keine Grundlage hatte. Außerdem vertrete die britische Regierung die Ansicht, daß die Rheinlandkommission nur die Sicherheit der alliierten Truppen im besetzten Gebiet zur Aufgabe habe und nicht mit Politik sich zu beschäftigen habe. Die Regierung habe es weiter für notwendig angesehen, genau festzustellen, was vor sich gehe, und da sei eine schwere Zeit der Verständnisse mit den Franzosen entstanden, die aber, wie er hoffte, beigelegt werden könnten. Die Regierung habe Lord Kilmarnock aufgegeben, einen kaiserlichen Offizier zur Untersuchung der Lage in der Pfalz zu entsenden. Da die Franzosen dagegen aus technischen Gründen Einwände erhoben hätten, habe man den britischen General-Konful in München angewiesen, die Pfalz zu besuchen.

Wiederum aber habe die französische Regierung eine Haltung eingenommen, die er, wie er erkennen mußte, nicht in der Lage sei, zu verstehen.

Die Franzosen hätten erklärt, daß sie es für ihre Pflicht halten würden, dem britischen Vertreter einen französischen Offizier zu schicken, in dem von britischen Truppen besetzten Gebiet aber gäben französische Offiziere in beträchtlicher Zahl ein und aus, denen die Entschärfung jede Erleichterung gewähren, die sie gewähren könnten. Dies sei der augenblickliche Stand der Angelegenheit; die Lage sei ein wenig besorgniserregend, es sei jedoch zu hoffen, daß die Schwierigkeiten mit Klugheit und Zurückhaltung gelöst werden könnten.

Das Reichskabinett genehmigte den Entwurf einer Verordnung zur Förderung der Forst- und Landwirtschaft, durch die sowohl dem Eigentümer wie auch dem Nutzungsberechtigten die Verpflichtung auferlegt werden kann, bestimmte Maßnahmen zur ordnungsmäßigen Bewirtschaftung der Waldungen auszuführen und abgeholte Flächen aufzuforsten.

Verfälschung, die der Öffentlichkeit nicht gerade unbekannt ist. Geduldi und aufmerksam wie das allerjüngste Gemüter, mit dem Monokel im Auge und dem molanten, auf die Umwelt freis überlegen herablickenden Gesichtsausdruck, umgeben von einem stillen Stolz hoher und höchster Offiziere; augenblicklich der Hochherrscher in der deutschen Republik, der Kommandeur der Reichswehr, Herr General von Seeck; derselbe Gewaltige, der in der letzten Woche einen allmählichen, aber eisigen Dozenten derselben Universität furchend einlösen ließ.

Herr Koethe endet seine Ansprache unter tosendem Beifall; nach ihm spricht ein sehr junger freundlicher Geistlicher, selbstverständlich ganz in demselben Sinne wie sein Vorgesetzter, wenn auch lange nicht mit der gleichen Geschäftlichkeit. Die Feier endet dann, und unter den fortwährenden Klängen des Torgauer Marsches verläßt man die Aula.

So geschehen im sechsten Jahre der Republik

Der Handschuh als Schreibmaschine. Eine Wundermar von einem die Maschine erfindenden Handschuh wird aus Amerika berichtet. Danach würde die ganze komplizierte Schreibmaschine in zwei Handschuhen untergebracht sein. Die Handschuhe sind aus Hartgummi hergestellt und tragen an der Spitze der Finger die Buchstaben des Alphabets, Zahlen und Anierpunktzeichen in erhabenen Lettern. Hat man diese Handschuhe angezogen, so erledigt sich die Benutzung der schwerfälligen Schreibmaschine. Die zum meist gebrauchten Buchstaben befinden sich an der Spitze der Finger, die anderen an deren Unterfläche, und die Nägel enthalten die meisten bedienten Zeichen, die man durch Schließen der Hand zur Faust abdrückt. Das Handbuch wird durch eine Art Stempelkissen ersetzt, das an der Innenfläche der Hand befestigt ist, so daß das Schreiben der Hand ausreicht, um alle Buchstaben einzuschreiben. Es bedarf erst nicht der Erwähnung, daß dieses neue Schreibsystem ungewöhnlich große Gewandtheit erfordert, damit alle Zeichen auf die gleiche Weise zu stehen kommen; aber wie die, die Wundermar verbreitende „Scientific Review“ versichert, kann man sich diese Gewandtheit im Verlauf einer vierwöchigen Übungzeit gut und gern aneignen. Daß dieser Schreibhandschuh, wenn er wirklich existiert und das heißt, was die amerikanische Monatschrift von ihm verspricht, eine Revolution herbeiführen würde, liegt logischermaßen auf der Hand. Würde durch diese Erfindung doch jedermann in die Lage versetzt werden, seine Schreibmaschine in Gestalt von ein paar Handschuhen in der Tasche überall mit sich zu führen.

In der Arena hält Dr. Adolph Hellbronn am Donnerstag 8 Uhr einen Vortragsvortrag: „Der Mensch der Urzeit und seine Kultur“, am 24. einen solchen über „Die Kommunisten von Preußen“.

Gegen Kinderkreuz und Schulnoten. In das Thema einer Kundgebung, die am Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Völkertempel des ehemaligen Herrenhauses stattfand. Vorsitzende waren Herr Dr. Borchers, Herr Dr. Borchers, Herr Dr. Borchers. Die Deutsche Bäckerei in Leipzig wird, wie der Bäckereiverband deutscher Bäckereien mitteilt, die angebotenen Schmierigkeiten aller Bäckereibetriebe nach in Kürze überwinden. An der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses traten die beteiligten Stellen einmütig für den Fortbestand der Bäckerei ein. Es wurde ein Weg gefunden, der die Zukunft der Deutschen Bäckerei sicherstellen wird.

Kahr auf der Anklagebank.

Justizminister Dr. Roth liefert das Material.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere bayerische Justizminister und deutschnationale Abgeordnete Dr. Roth (jetzt fraktionslos) ist im Bayerischen Landtag zum Anwalt der öffentlichen Interessen geworden. Schon vor drei Wochen, also kurz nachdem er selbst aus der Haft entlassen worden war, stellte er verschiedene Anträge im Landtag, die eine sofortige Entlassung aller jener Haftkennzeichen bezweckten, welche aus Anlaß der Putschereignisse vom 8. und 9. November in Untersuchung- oder Schutzhaft genommen worden sind. Aufgehoben sollten ferner werden die Aufenthaltbeschränkungen und Ausweisungen, die Kahr aus gleichem Grunde vorgenommen hat, ebenso sollte auch die Unterdrückung der nationalsozialistischen Presse sofort rückgängig gemacht werden. In der Begründung dieser Anträge brachte Dr. Roth in der Mittwoch-Sitzung des Verfassungsausschusses eine überraschende Fülle von ungenügendem Anklagematerial gegen das Generalkommissariat Kahr vor. Zunächst wies er darauf hin, daß die Verordnung vom 28. September v. J., durch die das Generalkommissariat errichtet wurde, überhaupt gar nicht rechtsgültig sei und keine allgemeinverbindliche Rechtskraft habe, weil sie nicht — wie es der § 75 der bayerischen Verfassung verlangt — im Verordnungs- und Gesetzesblatt des Freistaates Bayern veröffentlicht worden ist. Wertwürdigerweise wurde sie auch im „Staatsanzeiger“ nicht bekanntgegeben. Auf diese rechtliche Ungültigkeit des Generalkommissariats hat übrigens früher schon der Münchener Rechtsanwalt Genosse Löwenfeld hingewiesen und in einem Prozeß mit dieser Begründung Recht bekommen. Nachdem nun auch Dr. Roth diese Anschauung eingehend begründet hat, wird sich der Landtag mit dieser ganzen Materie befassen. Außerdem wird der Staatsgerichtshof Gelegenheit bekommen, diese Frage zu entscheiden. Je nachdem diese Entscheidung ausfällt, ergeben sich für die bayerische Regierung Konsequenzen von außerordentlicher Tragweite.

In seiner Philippika gegen Kahr und dessen maßlose Willkür brandmarkte Dr. Roth, wie eigenmächtig die bayerische Schubhaftverordnung vom 31. Juli 1919

durch einen Federstich Kahrs befestigt

wurde und damit den Schubhäftlingen das letzte Recht bürgerlicher Freiheit genommen wurde; wie Kahr für die Schubhäftlinge aus intellektuellen Kreisen eine besondere Art von Ehrenwort eingeführt habe, mit dem ein schamloser Mißbrauch getrieben würde, währenddem für die Häftlinge aus Arbeiterkreisen es ein Ehrenwort nicht gebe; wie außerordentlich leichtfertig mit dem Leben und der Gesundheit der Häftlinge umgesprungen werde, wie selbst schwerer Kranke Leute schlachtet werden, zeige der Fall Dietrich Eckart, der trotz eines nachgewiesenen schweren Leidens erst nach schweren Anfällen aus der Haft entlassen worden sei, um dann sechs Tage später zu sterben. Den Tod dieses Mannes habe Kahr auf dem Gewissen, und er werde ihn verantworten müssen. Die ganze Art, wie die Schubhaft auf Anordnung des Generalkommissars vollzogen werde, bedeute einen Eingriff in die Rechte der Gerichte. Unbedingt direkt strafbare Handlungen habe aber der Generalkommissar dadurch begangen, daß er dem General Ludendorff Geldsendungen weggenommen habe, einmal 100 Dollar, dann 550 Dollar und später noch 66.500 Kronen. Dieses Geld sei nicht nur beschlagnahmt worden, wozu der Generalkommissar schließlich noch ein Recht habe, sondern es sei entgegen dem Willen der Spender eigenmächtig und rechtswidrig an andere Leute verteilt worden, z. B. an ein katholisches Institut und für das Schloßgüter-Denkmal. Auf erhabene Beschwerde habe das Gesamtministerium jedes Eingreifen abgelehnt, weil das Ministerium nicht in der Lage sei, als Beschwerdebüro über das Generalkommissariat tätig zu sein. Die Überwachung Ludendorffs gebe außerordentlich viel; jeder Besucher werde kontrolliert, und den Offizieren der Landespolizei sei es dienlich verboten, mit Ludendorff zu verkehren. Besonders protestierte Dr. Roth gegen die zahllosen Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger aus Bayern, die man gemeinhin als „auswärtige Gäste“ bezeichne; dabei habe die stärkste Partei des bayerischen Landtages, die Bayerische Volkspartei, die zweitgrößte Zahl dieser auswärtigen Gäste unter ihren Mitgliedern. Da Kahr auch für die Staatsanwaltschaft Verfügungen und Befehle erlassen könne, ergebe sich die Möglichkeit,

daß Kahr in den Ludendorff-Prozess eingreife,

obwohl es nicht ausgeschlossen sei, daß der Generalkommissar an dem Prozeß selbst beteiligt gewesen ist. Daher sei es auch ganz ausgeschlossen, daß Kahr etwa als Zeuge unter Eid vernommen werde, wie von der Staatsregierung nicht zu erwarten sei, daß sie sämtliche Zeugen in Staatsstellungen vom Amtsgeheimnis entbinde. Bedenklich sei, daß Kahr selbst nach der Verordnung als Staatsanwalt auftreten kann und somit sogar den Termin des Prozesses bestimmen könne. Dabei hätten die öffentlichen Kreise das größte Interesse daran, daß dieser Prozeß sobald wie möglich, und in voller Öffentlichkeit, durchgeführt werde.

Dr. Roth schloß seine Anklagen mit dem Hinweis, daß der Ausnahmezustand Kahrs unmöglich länger fortbestehen könne. Das Parlament und ganz Bayern machen sich in der ganzen Welt mit dem „Generalkommissariat“ lächerlich, der jeden Tag eine halbe Stunde hinter seinen Stachelbräuten spazieren gehe, während seine Generalkommissare nach einem Ausspruch des Generals Preysing die und fett würden.

Der Kommunist Enderl ergänzte die Ausführungen Roths durch die Mitteilung, daß die in Nürnberg bei der kommunistischen Partei beschlagnahmten Gelder einem kommunisti-

sehen Häftling angeboten worden sind unter der Zusage, seine Parteifreunde zu verraten.

Das Anklagematerial gegen Kahr machte einen solchen Eindruck auf die Mitglieder des Landtages, daß die Sitzung des Verfassungsausschusses vertagt wurde und die Antwort des Polizeiministers Dr. Schwener abgewartet wird, bevor der Ausschuß weitere Entscheidungen fällt. Die Antwort der Staatsregierung wird am Donnerstag vormittag erfolgen.

Die Rede des ehemaligen bayerischen Justizministers vervollständigt das Bild der bayerischen Verhältnisse. Dabei muß daran erinnert werden, daß Dr. Roth Justizminister in demselben Kabinett war, dem Kahr seinerzeit vorstand. Ehemalige Ministerkollegen, deren politische Anschauungen nicht sehr weit voneinander entfernt sind, stehen sich hier als Todfeinde gegenüber und haben den guten Geschmack, sich vor aller Öffentlichkeit herunterzureißen.

Das Tatsachenmaterial Roths steht nicht in Erstaunen. Daß der bayerische Ausnahmezustand zu unrecht besteht, und daß sich Kahr usurpatorische Rechte anmaßt, ist bekannt. Bekannt ist es, daß es in Bayern zweierlei Recht gibt, und daß gegen die politischen Gefangenen zweiter Klasse barbarisch vorgegangen wird. Es braucht nur daran erinnert zu werden, wech gegensätzliche Behandlung die politischen Gefangenen aus der Käsezeit auf der einen und der Mörder Eimers auf der anderen Seite erfahren. Eine Wandlung ist nur insofern eingetreten, als die deutschösterreichischen Nationalsozialisten bisher zur ersten Klasse gehörten und nun infolge Kahrs Doppelzüngigkeit in die zweite Klasse gewandert sind. Das gehört zum System Kahr. Aber Roth hat am wenigsten Grund, sich über dieses System zu beschweren. War er doch seinerzeit ein glühender Anhänger derartiger Methoden und übertraf Kahr noch an Radikalismus!

Immerhin: das Tatsachenmaterial Roths zeigt von neuem, wie ungeheuerlich der Sumpf ist, in den die verantwortlichen Staatsmänner Bayerns das Land hineindirigiert haben. Niemand kann leugnen, daß die Vergehen der verantwortlichen bayerischen Stellen gegen Verfassung und Befehl alles in den Schatten stellen, was andernorts vorgekommen ist und vorgekommen sein soll. Aber Sachsen und Thüringen schickt man die Reichswehr, Bayern freundschaftliche Roten.

Unerschütterliche Rechtsverhältnisse.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Session des Sozialdemokratischen Vereins München hielt am Dienstagabend eine öffentlich bekanntgegebene geschlossene Mitgliederversammlung ab, in der im Hinblick auf die Neuwahlen ein Landtagsabgeordneter der Partei referierte. Nachdem die Versammlung beinahe beendet war, besetzte ein 30 Mann starkes Schutzmannaufgebot den Saal, hob die Versammlung auf, notierte sämtliche 60 Teilnehmer und verhaftete die Genossen am Vorstandstisch. Dieser Vorgang illustriert die Saatsfreiheit unter dem Ausnahmezustand, um so mehr, nachdem die Bayerische Volkspartei schon seit langer Zeit im ganzen Lande nicht an Mitgliederversammlungen, sondern auch öffentliche Versammlungen abhält.

Der vorliegende Fall einer Vergewaltigung der primitivsten politischen Rechte in Bayern ist der zweite in kurzer Zeit. Das vorige Mal wurde eine demokratische Veranstaltung verhindert. Dieses Mal ist das Vorgehen noch trasser. Wohin die bayerische Regierung und die Bayerische Volkspartei zielen, ist offensichtlich. Die Opposition soll für die Wahlen mundtot gemacht werden. Die Bayerische Volkspartei schleppt deshalb die Abänderung des Wahlgesetzes hin und verhindert so die rechtzeitige Bekanntgabe des Wahltages, mit der die Wahlkampagne als eröffnet gilt. In der Zwischenzeit mißbraucht die bayerische Regierung den Ausnahmezustand, um oppositionelle Wahlpropaganda zu verhindern, während die Bayerische Volkspartei mit um so größerem Eifer agitiert.

Im Rechtsausschuß des Reichstages erklärte der Vertreter des Reichsinnenministeriums, daß der Vertreter der vollziehenden Gewalt auch im Falle des Ausnahmezustandes an die Grundrechte der Verfassung gebunden sei und daß er die Wahlfreiheit nicht beeinträchtigen dürfe. Die Reichsregierung bekräftigt ihre Auffassung am 3. Januar durch eine längere Verordnung. Diese Feststellungen gelten den verbotenen illegalen Parteien, deren Ziel der gewaltsame Umsturz ist. Die bayerische Regierung zieht sich über den Sinn der Rechtsverordnung hinweg. Sie entrechtet die Parteien der legalen Opposition, die in vielen Ländern und zum Teil auch im Reich in der Regierung vertreten sind.

Wahlen, die unter einer so offenen Rechtsbeugung zustande kommen, werden als gültig nicht angesehen werden können. Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um die verwegentlichsten Parteien zu schützen und eine Befolgung ihrer Verordnung in die Wege zu leiten? Ist sie, wie in den Fällen Sachsen und Thüringen, bereit, unter Umständen eine reichskommissarische Untersuchung zu veranlassen?

durch das ganze letzte Jahr hindurch eine solche Besprechung abgelehnt hatte.

Wie die heutigen Morgenblätter melden, nimmt man an, daß die Sachverständigenausschüsse demnächst einen Besuch in Berlin abstatten werden.

Der Frankensturz aufgehalten.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der am Mittwoch durch die Ankündigung des ministeriellen Sanierungsprogramms verursachte Rückschlag auf dem Markt der ausländischen Devisen hat am Mittwoch eine sehr kräftige Fortsetzung erfahren. Die meisten der ausländischen Kalkulen sind in den letzten zwei Tagen ebenso schnell zurückgegangen als sie gestiegen waren. Das Pfund schloß an der Mittwochsbörse mit 90,90 gegen 94,81 am Dienstag und amnshend 97 am Montag, der Dollar mit 21,84 gegen 22,82 bzw. 22,80.

Deutsch-türkische Verhandlungen. Das Konstantinopeler Journal „D'Orient“ meldet, daß der deutsche Gesandte in Konstantinopel eingetroffen ist. Er sei bevollmächtigt zur Aufnahme von Verhandlungen über die Wiederherstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Nach kurzem Aufenthalt werde er sich nach Angora weiter begeben.

Die CGT. gegen Poincaré.

Paris, 18. Januar. (WTB.) Der französische Gewerkschaftsbund erläßt eine Kundgebung zu den dringlichsten Regierungsmahnahmen gegen die weitere Entwertung der französischen Währung. Er erklärt u. a., eine Erholung des Franken sei nur durch eine völlige Aenderung der französischen Politik zu erreichen. Die gegenwärtige Krise bringe die Empfindungen des Auslandes zum Ausdruck, das die Festhaltung mache, daß die französische Politik dazu beigetragen habe, den Wirtschaft in Europa zu erschöpfen und den Eingang auch nur der geringsten Reparationen für Frankreich unmöglich zu machen. Keine Besserung des Franken sei ohne eine völlige Umwandlung der französischen Innen- und Außenpolitik zu erreichen.

Baldwin über den Frankensturz.

London, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In seiner Antwortrede am Schluß der gestrigen Unterhausdebatte machte Baldwin noch einige Bemerkungen über die Arbeiten der von der Reparationskommission eingesetzten Ausschüsse und fügte hinzu: „Vielleicht wird die französische Regierung aus dem gegenwärtigen Frankensturz erkennen, daß es Gründe gibt, die dafür sprechen, daß die Erörterung des gesamten Fragenkomplexes in diesem engen Kreise nicht länger verzögert werden dürfe, während sie ja

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Arbeitszeitverlängerung.

Der Bundesausschuss des A.D.G.B. hat sich am Dienstag und Mittwoch mit der Regelung der Arbeitszeit durch die neue Verordnung und den Angriffen des Unternehmertums auf den Achtstundentag beschäftigt und einstimmig folgende Entschliessung zur Arbeitszeitfrage angenommen:

Der Bundesausschuss erhebt nochmals Protest gegen die Bestimmungen der neuen Arbeitszeitverordnung, die zahlreiche Ausnahmen vom gesetzlichen Achtstundentag in das freie Ermessen der Unternehmer stellen. Die Gewerkschaften erblicken in dieser Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft einen Verstoß gegen die Verfassung, die den Arbeitern ausdrücklich die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen garantiert.

Der Bundesausschuss verpflichtet die Verbände, ihre Organe und ihre Mitglieder, mit allen Kräften an dem in § 1 der Verordnung auf neue zum Gesetz erhobenen Achtstundentag als höchstzulässiger täglicher Arbeitszeit festzuhalten. Notwendige Ueberschreitungen des Achtstundentages resp. der 48stündigen Arbeitswoche dürfen nur vorübergehend in Form von Ueberschreitungen erfolgen, deren Umfang und Zeitdauer mit den Gewerkschaften zu vereinbaren sind. Den Erfordernissen der Zeitverhältnisse und der besonderen Lage der einzelnen Gewerke kann hierbei Rechnung getragen werden, insoweit es die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft nicht beeinträchtigt, denn die Gesundheit und das Wohl der Arbeiter dürfen dem von den Unternehmern in den Vordergrund gerückten allgemeinen Interesse der Produktion um so weniger geopfert werden, als sie die einzig dauerhafte Grundlage ihrer Entwicklung und Steigerung sind.

Die diesem Grundsatz entgegenstehenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung werden die Gewerkschaften so lange bekämpfen, bis sie wieder beseitigt oder geändert sind. Zur Erreichung dieses Zieles ruft der Bundesausschuss die Masse der Arbeiter auf, die Einheit der Gewerkschaften hochzuhalten und für ihre moralische und finanzielle Stärkung zu sorgen. Der Bundesausschuss fordert die Arbeitnehmer aller Berufe auf, die Finanzkraft ihrer Organisationen derartig zu stärken, daß diese der Angriffslust der Unternehmer erfolgreich Widerstand bieten können.

Staatlich geförderte Lohnrückerei.

Aus Wilhelmshaven geht uns die Abschrift folgenden Schreibens der Marinewerft Wilhelmshaven an das Reichswehrministerium zu:

Wilhelmshaven, den 12. Januar 1924.

D. G. II. 10. A. V. Ohne Vorgang.

Marinewerft Wilhelmshaven.

Die Vereinigung der Schiffswerften und Maschinenbauanstalten der Jadeküste hat in einer ihrer letzten Sitzungen, an der die Marinewerft als Gast teilnahm, beschlossen, in Zukunft nur solche Unternehmer mit Privatarbeit auf ihren Werften zu beauftragen, die ihren Arbeitnehmern keine höheren Löhne zugestehen, als sie auf der eigenen Werft bezahlen!

Die Vereinigung hat die Marinewerft gebeten, die gleiche Maßnahme zu treffen.

Die Marinewerft ist der Ansicht, daß es sich um eine grundsätzliche Angelegenheit handelt, die von der Marineleitung entschieden werden muß. Die Marinewerft ist an sich aus Sparsamkeitsrücksichten auch schon bisher bestrebt gewesen, Arbeit möglichst an Unternehmer zu vergeben, die niedrige Löhne zahlen!

Die Werft glaubt aber, daß sie außerdem zur Unterfütterung einer einheitlichen Lohnpolitik nach Möglichkeit in der gleichen Art bei Vergabe von Privatarbeiten verfahren muß und bittet zur Erreichung einer gleichmäßigen Behandlung der Vergabe von Privatarbeiten von Seiten anderer Marinebehörden um eine generelle Anweisung für den ganzen Befehlsbereich der Marine.

Außerdem könnte dadurch der von der Belegschaft bereits erfolgten Berufung auf die höheren Privatlöhne am Orte ein Ende bereitet werden.

gez. Unterschrift.

An das Reichswehrministerium, Chef der Marineleitung

Berlin.

Durch dieses Schreiben wird erhärtet, was Eingeweihte schon längst wußten, nämlich die rührige Scharfmacherei des Sanitätsrats der Vereinigung der Schiffswerften und Maschinenbauanstalten der Jadeküste, des Herrn Dulainki, der für seine Aushungerungspolitik gegenüber den Arbeitern und Angestellten bekannt ist. Da jetzt nur etwa ein Drittel der unter normalen Verhältnissen beschäftigten Arbeiterzahl auf den Deutschen Werken beschäftigt ist, so müssen diese verminderten Arbeiter sozial Ausbeute liefern, das nicht verminderte Direktionspersonal mit samt Herrn D. ihre Bezüge, die das 10- bis 20fache der Einnahmen eines Arbeiters betragen, ungefährt weiterbezogen können. Damit man nicht allein bleibt mit seinen erbärmlichen Hungerlöhnen, werden die kapitalistischen Probierstuben (genannt Abwrackbetriebe) mit samt der Marinewerft zu gleichem Tun veranlaßt. Ein solcher Vorschlag findet freudiges Echo nicht nur bei den Leitern der Abwrackbetriebe, sondern auch bei dem unschuldigen republikanischen Vaurat St. der Marinewerft (dem Leiter des Arbeitsamts).

Wir haben hier vor einigen Tagen an das Reichsfinanzministerium und das Reichsarbeitsministerium die Anfrage gerichtet, ob die Befassung der Unternehmer des Berliner Transportgewerbes zutrifft, nicht sie, sondern die beiden Ministerien wünschen den Abbau der unzureichenden Löhne. Das Schweigen der beiden Ministerien kann nur als Bestätigung gedeutet werden. Nun kommt aus Wilhelmshaven eine Nachricht der gleichen Art.

Diese Parteinarbeit gegen die ausgehungerten Arbeiter ist nicht allein ein Verfassungsbruch. Es handelt sich hier um ein vom moralischen Standpunkt verwerfliches, vom wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gesichtspunkt verderbliches Vorgehen. Auf jeden

Fall verbitten wir uns ganz energisch, daß staatliche Organe in Beschränkung der Privatindustrie Partei nehmen gegen die Arbeiter, die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Träger der Republik, und für die Unternehmer, die, wenn sie sie nicht offen bekämpfen, vielfach die antirepublikanischen Organisationen finanzieren. Diesem Skandal muß ein Ende gemacht werden!

AW-Bund und Zentralarbeitsgemeinschaft.

Wie bereits mitgeteilt, hat der Bundesausschuss des AW-Bundes in seiner Sitzung am 3. Januar d. J. beschlossen, den AW-Vorstand zu beauftragen, den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft sofort zu vollziehen.

Gegenüber anders lautenden Mitteilungen teilt der AW-Vorstand mit, daß er diesen Auftrag inzwischen durch folgendes an den Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft gerichtete Kündigungsschreiben ausgeführt hat:

Das Abkommen vom 15. November 1918, das die Grundlage für die Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft gewesen ist, wird in seinen wesentlichen Grundgedanken von Arbeitgeberseite längst nicht mehr beachtet. Auch die einzelnen Paragraphen jenes Vertrages,

Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark.

Genossinnen und Genossen!

Gemäß § 22 des Organisationsstatuts des Bezirksverbandes beruft der Bezirksauschuss den

Bezirksparteitag

der dem obenstehenden Bezirksverband eingegliederten Parteiorganisationen zum 16. und 17. Februar nach Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 5 (Saal 8), ein.

Die Tagung beginnt am 16. Februar, abends 6 Uhr. Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. Berichterstatter: Wilh. Krüger, Rich. Schmidt.
2. a) Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Parteivorsitzender Genosse Otto Weis. b) Aufstellung der Kandidaten.
3. Stellungnahme zum deutschen Parteitag. a) Wahl der Delegierten. b) Anträge.
4. Beratung der vorliegenden Anträge.
5. Sonstiges.

Wir ersuchen die Ortsvereine, in den Mitgliederversammlungen zur Tagesordnung Stellung zu nehmen. Anträge sind bis spätestens 9. Februar an den Bezirksvorstand z. H. des Unterzeichneten einzureichen.

Die Wahl der Delegierten erfolgt entsprechend den Bestimmungen des § 28 des Bezirksstatuts auf den Unterbezirkstagen. Den Unterbezirksvorständen ist die Zahl der zu wählenden Delegierten durch Zirkular mitgeteilt.

Das Bezirkssekretariat beabsichtigt, den Mitgliedern des Bezirksvorstandes und den Delegierten Quartiere bei Berliner Genossen zu beschaffen. Teilnehmer des Bezirkstages, die Quartier vom 16. zum 17. Februar wünschen, wollen dies bis 6. Februar dem Unterzeichneten mitteilen.

Mit Parteigruß

Der Bezirksauschuss der BVP.

A. A.: Wilhelm Krüger, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

wie die Sicherung des achtstündigen Höchstarbeitstages, die Anerkennung kollektiver Arbeitsverträge, die Abschaffung der gelben Werksvereine usw. haben in der Praxis ihre Geltung eingebüßt. Schließlich ist die große Offensive, die das organisierte Unternehmertum in den letzten Wochen wirtschaftlich und politisch gegen die Arbeitnehmerschaft zum Zwecke der Aufhebung ihrer wichtigsten Grundrechte eingeleitet hat, ein Höhepunkt auf dem Arbeitsgemeinschaftsgedanken. Die Zentralarbeitsgemeinschaft ist somit heute lediglich als eine Behinderung der beteiligten Gewerkschaften in der freien Wahrnehmung der ihnen anvertrauten Arbeitnehmerinteressen anzusehen.

Wir erklären hiermit den Austritt des AW-Bundes aus der Zentralarbeitsgemeinschaft mit sofortiger Wirkung."

Die Arbeitszeit der Behördenangestellten.

Nachdem am 4. Januar der Beschluß des Reichskabinetts über die Verlängerung der Arbeitszeit der Reichsbeamten auf neun Stunden täglich verkündet worden ist, ist jetzt durch eine Verfügung des Reichsfinanzministers vom 11. Januar auch die Dienstzeit für die behördlich Angestellten festgesetzt worden. Beachtlich ist dabei, daß für die Angestellten eine tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden regelmäßig nicht überschritten werden soll. Diese Beschränkung ist bei den Reichsbeamten nicht vorgesehen. Man wird annehmen können, daß für die Beamten eine längere als neunstündige Arbeitszeit nur in dringenden Ausnahmefällen durchgeführt und genau so die Verfügung über die Arbeitszeit der Behördenangestellten von den einzelnen behördlichen Stellen ausgelegt wird. Es kann jedenfalls nicht so verstanden werden, daß die Behördenangestellten, die bei gleicher Arbeitsleistung sowieso erhebliche Nachteile gegenüber den Beamten erleiden, nun auch noch grundsätzlich einer längeren Arbeitszeit unterworfen werden sollen. Keine Gewerkschaft hat dieser Verfügung des Reichsfinanzministers zugestimmt, da sie der allgemeinen Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 zuwiderläuft.

Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Essen, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Vorhitz des Vertreters des Reichskommissariats beschäftigte sich nochmals eine Sitzung in Offen mit dem Berliner Abkommen über die Arbeitszeit in der Metallindustrie. Die Arbeitgeber hielten nach wie vor an ihrer Auffassung fest, daß das Abkommen eine verbindliche Vereinbarung sei. Demgegenüber bestanden die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf

ihre früheren Erklärung, daß es sich bei dem sogenannten Abkommen nur um eine schriftlich anerkannte Erklärung über den Verhandlungsverlauf handle. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften unterstützten wiederum die Auffassung der Arbeitgeber. Der Vertreter des Reichskommissariats machte schließlich den Vorschlag, zur endgültigen Regelung ein Schiedsgericht einzusetzen. Das lehnten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes ab. Die Arbeitgeber erklärten daraufhin, das Berliner Abkommen „wohlwollend auslegen“ zu wollen und bei Wiedereinstellung die vom Deutschen Metallarbeiterverband eingereichten Listen „nach Möglichkeit“ zu berücksichtigen.

Die Lage hat sich sonst im Industriegebiet nicht wesentlich verändert. Der Generalstreik wird nur noch in Geisenkirchen und Düsseldorf durchgeführt. In Düsseldorf wurde an verschiedenen Stellen gegen Arbeitswillige Terror verübt. In den übrigen Städten des Industriegebietes, Oberhausen, Duisburg, Mülheim, Dortmund usw. ist überhaupt keine Generallistparade ausgegeben worden. In Haltingen hat der Hüttenbetrieb Henschel u. Sohn alle Arbeiter fristlos entlassen; diejenigen Arbeiter, die nach dem Berliner Abkommen die Arbeit wieder aufnehmen wollen, müssen sich einzeln melden. Da sich ein Teil der Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärte, hat auch der Arbeiterrat empfohlen, wieder in den Betrieb zu gehen, um der Brutalität der Unternehmer keine zu großen Opfer zu bringen. Bemerkenswert ist die Erscheinung, daß, zumal auf den Feiern, die sonst so radikalen Kommunisten heute kein Wort wagen gegenüber der Willkür der Unternehmer.

Die Situation in der Stuck- und Gipsbranche.

Am Dienstag hielt die Berliner Fachgruppe Stuck- und Gipsbau des Baugewerksbundes im „Dresdener Kasino“ eine Mitgliederversammlung ab. Siedel ging in seinen Ausführungen auf die Lohnverhandlungen der letzten Zeit ein. Im November vergangenen Jahres sind mit den Hochbauunternehmern Lohnverhandlungen geführt worden, bei denen eine Einigung nicht zustande kam. Die Löhne wurden daraufhin durch Schiedspruch festgesetzt. Ende Dezember kam es zu erneuten Verhandlungen, die gleichfalls an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber scheitern mußten. Der nunmehr gefällte Schiedspruch sieht einen Lohnabbau von etwa 10 Proz. vor. Diesen Schiedspruch mußten die Arbeitnehmervertreter ablehnen. Obwohl sich aller Mitglieder eine starke Empörung über dieses Anerbieten bemächtigt habe, gab der Redner dennoch zu bedenken, ob in der jetzigen, durch die ungünstigen Winterungsverhältnisse bedingten außerordentlich schlechten Konjunktur und bei der erschreckend großen Arbeitslosigkeit, in einem Abwehrkampf einzutreten sei. Man würde richtiger handeln, wenn man im Augenblick von einem Kampf, der den Unternehmern sehr gelegen wäre, trotz aller Erbitterung Abstand nimmt und die Kräfte aufspart für den Ablauf des Tarifvertrages, der von den Arbeitgebern zum 31. März gefündigt worden ist, um für die Arbeitnehmer in verschiedenen Positionen Verschlechterungen durchzuführen. Jetzt könne man auf die Unternehmer keinen rechten Druck ausüben, zumal auch die Luftragebe. nicht so sehr auf die Ausführung ihrer Aufträge drängen. Die Erfahrungen anderer Orte sollten ein Beispiel sein. Die Einheit der Organisation müsse gewahrt werden und die Kräfte gelte es zu sammeln für den im April unter günstigeren Verhältnissen wahrscheinlich notwendig werdenden Kampf.

In der ziemlich ausgedehnten Diskussion machte sich eine starke Empörung über den Schiedspruch geltend. Eine zum sofortigen Kampf auffordernde Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, weil in der Versammlung die Meinung vorherrschte, mit den Unternehmern zu einem günstigeren Zeitpunkt abzurechnen.

In seinem Schlusswort erwähnte Siedel noch einmal zur Einheit mit dem Hinweis darauf, daß sich die Unternehmer in ihrem wirtschaftlichen Kampf gegen die Arbeiter sehr wohl einig sind, trotzdem sie politisch verfahren eingestellt sind. Beschlüssen wurde noch der Ausschluß eines Mitgliedes aus der Organisation.

Achtung, Metallarbeiter! Zu der engeren Verwaltung kommen zu jeder Sitzung Kollegen, die Rechtschutz für Klagen vor dem Gewerbegericht verlangen. Da nach der neuen Verordnung des Reichsarbeitsministers für Klagen aus dem AWB in vielen Fällen das Gewerbegericht zulässig ist, häuft sich naturgemäß die Zahl der Antragsteller. Aus diesen Klagen nach dem AWB vor dem Gewerbegericht erwachsen aber zum Unterschied von anderen Gewerbegerichtsklagen keine Kosten. Eine Kostenübernahme kommt infolgedessen für die Organisation oder den einzelnen gar nicht in Frage. Ein Bundesanwalt steht in den meisten Fällen sowieso am Gewerbegericht zur Verfügung. Wir bitten deshalb, nur in solchen Fällen Anträge auf Genehmigung von Klagen zu stellen, wo es sich um solche handelt, die nicht aus dem AWB herrühren. Die Ortsverwaltung

Wegen der Lohnunterschieden in der Goldbleichbranche war zum gestrigen Mittwoch Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss anberaumt, zu welcher die Arbeitgeber nicht erschienen. Es wird nunmehr umgebend der Schlichter eingeleitet, welcher im Falle des abermaligen Nichterscheinens der Arbeitgeber die Entscheidung fällt. Den Kollegen der Branche wird alsdann sofort Bericht erstattet. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zur Lage in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie wird berichtet, daß eine von dem Textilarbeiterverband in Elberfeld einberufene Konferenz von Vertretern der rechtsrheinischen Textilarbeiter einstimmig beschloß, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Der christliche Textilarbeiterverband versucht dagegen die Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch fortzusetzen. Der christliche Arbeiterverband in Münden-Bladbach hat beschlossen, in den Zustand zu treten. Nach Meldungen aus dem Wupper-Bezirk haben die Textilarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Verwaltungsbesitz, Untermissionen. Rennen, Freitag, abends 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 26, Sitzung der Untermissionen sowie der Ausschussmitglieder des Arbeitsnachweises. Beschlüssiges Erscheinen wird erwartet.

Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiter (GDM) im AWB. Sonnabend, 16. Uhr, Köpenicker Gymnasium (Friedrichs), Jahresversammlung. Bericht vom Vertretertag. Remppchen, GDB und Lehrerverband. — Vorstand um 7 Uhr.

Deutsche Fluggewerkschaft. Sonntag vorm. 10 Uhr Generallistenversammlung im Gewerkschaftshaus, Vogelstr. 12/14.

Personenmäßig für Politik: Groß Reuter; Wischhoff; Arno Saterans; Gewerkschaftsbewegung: A. Chlora; Familien: R. A. Richter; Salles und Gohliger; Felix Karst; Angeler; H. Glöck; Jülich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6., Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Seinzeit“.

WELTBEKANNTE
BATSCHARI
QUALITÄTSMARKEN

Fiat
White Star
Edén

Der Schutz vor Betriebsunfällen.

Was geschieht und zur Unfallverhütung noch geschehen muß.

Menschenopfer sind abgeschafft! Lange liegen jene barbarischen Zeiten hinter uns, in denen Menschen unter Beobachtung allerlei religiöser Bräuche irgendwelchen zweifelhaften Göttern geopfert wurden. Wir brauchen die „heiligen“ Handlungen nicht mehr. Sang- und Klanglos nimmt das kapitalistische Zeitalter die Menschenopfer entgegen. Man spricht dann von einem Unfall, vielleicht auch von einem Opfer der Arbeit, und die meisten gehen mit einem Achselzucken über das traurige Ereignis hinweg. Im Jahre 1919 verunglückten in Deutschland insgesamt 575 000 Menschen. Das heißt, daß bei 300 Arbeitstagen zu je 8 Stunden gleich 144 000 Arbeitsminuten in jeder Minute vier Menschen in Deutschland verunglückten. Das ist eine so erschreckend hohe Zahl, daß daraus die Pflicht erwächst, zu untersuchen, ob wirklich alles geschehen ist, was zur Unfallverhütung geschehen kann. Auf Grund dieser Ergebnisse muß dann mit aller Kraft an der Beseitigung von Fehlern gearbeitet werden.

Menschen- und Maschinenschutz.

Es gibt ja bereits eine ganze Reihe gut erdachter Bestimmungen, die den Menschen im Betriebe vor den Gefahren der Arbeit schützen sollen. Wenn alle diese Bestimmungen wirklich beachtet werden, wird die Unfallgefahr sicherlich schon wesentlich herabgemindert. Der Widerstand gegen die Schutzmaßnahmen an Maschinen konnte erst nach jahrelangem Kampfe beseitigt werden, und noch heute ist in manchen Betrieben nach dieser Richtung hin noch viel auszuholen. Aber auch dort, wo der Betrieb allen gesetzlichen Anforderungen zur Verhütung von Unfällen nachkam, ereigneten sich Unfälle, und das zeigt, daß mit dem Maschinenschutz allein die Unfallgefahr noch nicht genügend bekämpft ist. So hat man denn dem Menschen und seinem Verhalten bei Unfällen größere Aufmerksamkeit geschenkt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß zwei Drittel der Unfälle durch irgendein Versagen der menschlichen Fähigkeiten oder auch dadurch, daß Menschen nicht ihren natürlichen Anlagen entsprechend verwendet wurden, entstanden sind. Schlechte Ernährung, Ermüdung bei der Arbeit, unhygienische Wohnungen und Arbeitsstätten, unrichtige Lebensweise haben ein gerütteltes Maß von Schuld an der hohen Unfallziffer. Nach einer Statistik häufen sich an Arbeitstagen die Unfälle gegen die Mittags- und Abendstunden. Immer dann, wenn der Körper und Geist ermüden, wächst die Wahrscheinlichkeit des Unfalls. Wenn festgestellt wurde, daß an den Montagen und Sonnabenden sich die meisten Unfälle ereignen, also am sechsten Arbeitstagen, daß der Mensch am Sonnabend, also am sechsten Arbeitstagen von der Arbeit an den vergangenen fünf Tagen stets ermüdet ist, so daß die Aufmerksamkeit wesentlich herabgemindert wurde, und daß der Mensch am Montag sich erst wieder in den Betrieb hineinfinden muß. Es gibt viele Menschen, die den Sonntag durchaus nicht „unlosig“ verbracht haben, und denen es dennoch schwer fällt, am Montag flott zu arbeiten. Die Nerven sind an einem Ruhetage noch nicht zur Ruhe gekommen, die Arbeitsspannung ist noch nicht abgeklungen und mitten in der Entspannung werden sie dann zu neuer Arbeitsleistung aufgepeitscht. Daraus ergeben sich seelische und körperliche Unstimmigkeiten, die schließlich zu einer Wehrung der Unfälle führen. Die Beliebtheit des „blauen Montags“ in der „alten“ Zeit mag hier wohl ihren tieferen Grund haben. Auch im Frühjahr und Herbst, wenn die Natur sich auf den Sommer hin, im Winter umstellt, häufen sich die Unfälle. Zahlreiche Menschen leiden sehr unter diesem Wechsel der Jahreszeiten, auch in ihnen geht wie in der Natur eine Art Revolution vor sich, die sich ebenfalls in einer verminderten Aufmerksamkeit, oft in sehr gesteigerter Nervosität bemerkbar macht. Diese Erkenntnisse, die in langen Beobachtungen in technisch gut durchgeführten Betrieben gewonnen wurden, müssen nun für die Unfallverhütung verwendet werden.

Unfälle und Wirtschaft.

Es müssen neue Wege beschritten werden, um des Menschen und auch um der Wirtschaft willen. Wenn sich im Jahre 1919 nicht weniger als 35 936 Unfälle ereigneten, die zu dauernder Erwerbsunfähigkeit führten, so ist das allein schon eine Zahl, die zeigt, daß hier neben körperlichen und seelischen Werten auch große wirtschaftliche Werte vernichtet wurden. Man kann getrost behaupten, daß ein Betrieb, der eine hohe Unfallziffer aufweist, auch technisch nicht

auf der Höhe ist. Eine eingehende Untersuchung ließe alsbald unzulässige Kraft- und Stofferschwendung zutage treten. Man hat den wirtschaftlichen Verlust, der durch die Unfälle im Jahre 1919 entstanden ist, auf fast 3 Milliarden Goldmark geschätzt. Genauere Werte erhalte man, wenn jeder Betrieb gezwungen wäre, ein Unfallkonto anzulegen. Unfallverhütung ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine wirtschaftliche Maßnahme ersten Ranges. Sie sollte daher auch in den Betriebswissenschaften einen größeren Raum als bisher einnehmen. Zu der gewissenhaften Durchführung der bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Unfallverhütung — auf die zu achten eine der vornehmsten Aufgaben der Betriebsräte sein sollte — müssen weitere Maßnahmen treten. Zu diesen gehört vor allen Dingen, daß der richtige Mann an den richtigen Platz gestellt wird. Hier können die psychotechnischen Untersuchungen von großem Nutzen sein. Es ist geradezu ein Verbrechen, Menschen mit gefährlichen Arbeiten zu betrauen, bei denen sie selbst und durch ihr Verlangen auch noch ihre Mitmenschen gefährdet werden. Bei den psychotechnischen Prüfungen der Straßenbahn sind unter 100 Anwärtern, die sich zur Ausbildung als Fahrer gemeldet hatten, nur 20—30 als geeignet befunden worden. Es stellte sich dann später heraus, daß von den Geprüften rund 45 Proz. weniger Unfälle verschuldet wurden als bei den ungeprüften Fahrern. Zu dieser psychotechnischen Prüfung, die in einigen Großbetrieben lediglich zur Untersuchung der Lehrlinge eingeführt ist, sollten dann rein betriebswirtschaftliche Maßnahmen kommen. Ein großer Teil der Unfälle könnte vermieden werden, wenn man die Wertgegenstände planmäßig mit den möglichen Unfällen vertraut machte und die Abwehrmaßnahmen so einübte, daß das Hirn im Augenblick der Gefahr keine Hemmung erleide. Eine weitere technische Maßnahme bestände darin, Maschinen und Geräte so auszubilden, daß im Augenblick der Gefahr die richtigen Handbewegungen automatisch und bedrohten Menschen ausgeführt werden. Die Durchführung dieser Grundzüge verlangt aber, daß die Unfallverhütung geradezu als ein Teil der Arbeit selbst betrachtet wird. Diese Maßnahmen werden aber erst dann von Erfolg gekrönt sein, wenn dem Arbeiter eine ausreichende Entlohnung, die ihm gute Ernährung und menschenwürdiges Dasein sichert, gewährleistet wird.

Sicherheitspropaganda.

Endlich wird nach einer systematischen Unfallverhütung propagandisch, die man besser als „Sicherheitspropaganda“ bezeichnen sollte, empfohlen. Diese Propaganda soll sich an das Gefühl und an den Eigenwillen der Menschen wenden. Es ist eine alte Erfahrung, daß eine rein verstandesmäßige Anleitung zu irgendwelchen Dingen die meisten Menschen nicht zu fesseln vermag. Daher sollen solche Plakate, Kleeblätter, Schlagworter etc. den Menschen aufräumen und ihn an seine Sicherheit bei der Arbeit denken lassen. Man hat mit einer solchen großzügig und richtig durchgeführten Propaganda in einigen amerikanischen und englischen Städten gute Erfolge in der Verminderung der Unfallziffern erzielt.

In den vorstehenden Sätzen ist in großen Zügen ein Ueberblick über ein äußerst wichtiges und dennoch viel zu wenig beachtetes Gebiet gegeben worden. Englische Unternehmer haben den Menschen stets als billiges Ausbeutungsgesetz betrachtet. Ein Mensch war schnell ersetzt, eine Maschine und Schutzvorrichtungen kosteten Geld. Daß aber der Mensch das Wertvollste im ganzen Wirtschaftsgetriebe ist, daß gerade er am sorgfältigsten behandelt werden mußte, das haben immer nur wenige begriffen. Gerade unsere Tage zeigen wieder das beschämende Schauspiel, daß sich flug und mächtig denkende Unternehmer darin herortun, den Lebensunterhalt der Arbeiter zu vermindern. Sie machen damit nicht nur alle Sicherheitsmaßnahmen und die geplanten, an sich sehr schöne Unfallverhütungspropaganda illusorisch, sondern sie graben der deutschen Industrie ihr eigenes Grab: Ausgepeinerte Menschen können auf die Dauer keine Qualitätsarbeit leisten. Gute Gedanken zur Verbesserung der menschlichen Arbeit und Arbeitsbedingungen hat es immer gegeben, aber sie nützen nichts, wenn ihre Durchführung in kurz-sichtiger oder böswilliger Weise verhindert wird.

strohten, und der elegante Kinderwagen federle von selbst auf dem gewalzten Sandwege am Tüschtrondell vorüber.

Knapp hinter dem Kinderwagen ritt, das frischbadige Gesicht stolz erhoben, in verhaltenem Trabe ein kleines Mädchen im Kinderwagen so feurig auf dem Steckenpferde, daß die langen, schön gewölbten, nackten Schenkel sichtbar wurden. Die Gruppe machte sofort Halt, als der im Wagen strampelnde Säugling die Hand nach dem zu hoch hängenden Hampelmann ausstreckte.

Das Mädchen ritt, die Locken schüttelnd, in gezähmter Pferdegeduld feurig an der Stelle weiter und sah, Brust vorgestreckt, über den abgerissenen, abgezehrten, blutleeren Proletarierjungen weg, der sich aus der Fabrikgegend in die Sonne verirrt hatte und, das Drama der Armut im Blick, offenen Mundes den Reichtum bestaunte.

Jürgen konnte die Augen nicht abwenden von dem Jungen, der seine Augen von dem glänzenden Mädchen erst losriß, als er sich beobachtet fühlte. Dunkel fragend sah er empor zu Jürgen, der, plötzlich breit durchgezogen von einem bisher nie empfundenen Gefühle, zu Karl Lenz sagte: „Man muß Empörer werden.“

„Warum Empörer? Wegen dieses Ferkels?“ Der Junge blinnte keine schwarzen, strotzenden Beine an, beschämt empor zu Jürgen, in dem, unter dem Grinsen des Mitschülers, das Eigene wieder versank. Verwirrt ging er, während Karl Lenz in den Konditorladen eintrat, heimwärts, gebuddelt die teppichbelegte Treppe hinauf.

Es war drückend still im Hause. Unbeweglich sah Jürgen in seinem Zimmer vor dem blauen Schulheft und grübelte darüber nach, ob es einen Gott gäbe.

Plötzlich hing in der Dämmerung die hellen Gesichter der Schulkameraden, grinsten höhnisch. Und die Tante sagt: „Rein, so einen unselbständigen Jungen, wie du einer bist, gibst's nicht mehr. Ein Angler für deinen Vater!“

Preisgegeben ließ er sich von den Gespenstern der Verachtung weiter anfallen, stellte ihnen entgegen: „Ich habe doch gestern zum Professor gesagt: Abraham, der seinen Sohn schlachten wollte, kann unmöglich ein guter Mensch gewesen sein. Ein furchtbarer Vater! Meiner Ansicht nach dürfte Gott so einen Befehl auch gar nicht geben.“

Frägt die Tante sehr erstaunt: „Was, das hast du gewagt?“

Und Jürgen läßt sich sofort vom Professor, der geantwortet hatte: „Wie kommen Sie zu dieser unerlaubten, straf-

Eine Ehrenrettung Berlins.

Rückgang des Nachtlebens und der Luginsstätten.

Gegenüber vielfach im Inlande und Auslande verbreiteten Berichten über Lüge und Schlemmerei in den Berliner Lokalen ist es — nach dem Amtlichen Preussischen Polizeidienst — von Wichtigkeit, festzustellen, daß in den letzten Monaten der Aufwand in den Gaststätten in einem derartigen Maße zurückgegangen ist, daß jetzt von Schlemmerei nicht die Rede sein kann. Am besten wird dies illustriert durch die zurzeit bestehende riesenhafte Arbeitslosigkeit im Gastwirts-gewerbe.

In der Zeit vom 1. April 1922 bis zum 1. April 1923 waren in Berlin durchschnittlich 25 000—28 000 Arbeitnehmer im Gastwirts-gewerbe beschäftigt, die heute auf etwa 13 000 zusammengeschmolzen sind. Auch der Konsum in den Gaststätten ist überaus stark zurückgegangen. Die Brauereien setzen zurzeit noch nicht die Hälfte der Biermengen ab wie im November v. J.; und der Weinumsatz ist in noch weit stärkerem Maße zurückgegangen. Von diesem Rückgang sind alle Zweige des Gastwirts-gewerbes betroffen. Ramehafte Hotels mühten geschlossen werden, große Bierrestaurants sind wegen schlechten Geschäftsganges eingegangen. Die vor etwa 1—2 Jahren stark vermehrte Lüstertuben gehen jetzt zum großen Teil wieder ein oder fließen sich in Restaurants oder Cafés um. Dabei mag bemerkt werden, daß das Abwandern der Gäste in Cafés, in denen man nichts zu essen und nur Getränke von geringem Geldwert zu sich zu nehmen pflegt, ebenfalls eine Folgeerscheinung der allgemeinen Armut ist. Kurz — der Niedergang des Gastwirts-gewerbes spiegelt die allgemeine Verarmung wider, in der sich der weitaus größte Teil des deutschen Volkes befindet. Als ausgeprägte Luginsstätten kommen in Berlin außer den großen internationalen Hotels nur ganz wenige in Frage. Auch in diesen Lokalen herrschte gerade in der letzten Zeit gähnende Leere. Soweit sich in den vergangenen Monaten doch hier und dort unerfreuliche Ausschreitungen gezeigt haben, ist die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen vorgegangen. So sind in der Zeit vom 1. August bis zum 7. Dezember 1923 357 Schankwirtschaften der Polizeistundenübertretung überführt worden. Bei 22 ist die Schließung, bei 181 die Herabsetzung der Polizeistunde und bei 184 polizeiliche Verwarnung erfolgt. In der gleichen Zeit sind in 53 Privatwohnungen Nachtbetriebe festgestellt worden, wobei 42 Wohnungen beschlagnahmt und 11 Wohnungsinhaber verurteilt worden sind. 33 Veranlasser solcher Nachtbetriebe wurden dem Richter vorgeführt.

Generell kann gesagt werden, daß im Gegensatz zu der allgemeinen Not und Verarmung sich nur ein ganz kleiner Kreis von begüterten Personen findet, die auch heute noch ein Luginsleben führen können und die von dieser Möglichkeit auch einen höchst anstößigen Gebrauch machen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die „neuen Reichen“, die ihr Geld schnell und verhältnismäßig mühelos errungen haben.

Bei der überaus geringen Zahl der Luginsstätten, die dieser Kreis mit Vorliebe aufsucht, treten sie natürlich desto stärker in die Erscheinung und erwecken so ein durchaus falsches Bild von der Lebensführung der übergroßen Masse der Bevölkerung der Arbeitsstadt Berlin.

Zuwelendiebstahl aus einem „intimen“ Tresor.

Aus einem „sicheren“ Gemach wurden einer Dame Schmuckstücke von hohem Werte gestohlen, und zwar eine Kette aus 128 roten Perlen, ein Paar runde goldene Damenohrringe mit einer japanischen Perle in der Mitte und einem Brillanten darüber, und ein goldener Domering. Die Perlenkette hat ein goldenes Schloß mit einem Smaragd und zwei Brillanten. Der Ring ist oben und unten mit drei und an der Seite mit einem Brillanten besetzt. Die Dame hatte diesen ganzen kostbaren Schatz in einem zugeknöpften Taschentuch in den Busen gesteckt, um ihn ganz sicher zu behüten. Trotzdem wurde er ihr gestohlen, und zwar auf einem nächtlichen Heimwege von der Kaiserin-Augusta-Allee über die Schloßbrücke in Charlottenburg nach dem Wilhelmplatz, von dort mit der Untergrundbahn bis zum Zoo, von hier mit der Straßenbahn bis zum Kaiserplatz und endlich nach ihrer Wohnung am Südwesttor. Sie geht auf die Wiederbeschaffung eine Belohnung von 400 Goldmark aus. Der wertvollste nächtliche Diebstahl von der Kaiserin-Augusta-Allee nach dem Südwesttor über den Wilhelmplatz scheint doch wohl nicht ganz ohne Einfluß auf den Verlust gemessen zu sein.

(Nachdruck durch Reall.-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Don Leonhard Franke.

1.

Endlich beschloß der Gymnasiast Jürgen Kolbenreiter: „Wenn noch ein Auto kommt, bevor die Turmuhr fünf schlägt, geh ich hinein und kaufe die Broschüre... Ehrenwort!“

„Ehrenwort!“ sagte er heftig zu sich selbst und las wieder den Titel der philosophischen Abhandlung. Seine Hand, die das Geld hielt, war nah. Der Blick zuckte fortwährend von der Broschüre zum Ziffernblatt. Der Zeiger stand knapp vor fünf.

Da kaufte das Auto um die Ecke, am Buchladen vorbei und war weg. Die Uhr hatte noch nicht geschlagen. Jürgen wollte eintreten.

Und nahm seinen Schritt zögernd wieder zurück. „Was wird mein Vater sagen, wenn ich sie kaufe? ... Und was würde er sagen, wenn er wüßte, daß ich sie kaufen will und dozu den Mut nicht habe? ... Oder würde er verächtlich lächeln, wenn ich jetzt kurz entschlossen in den Laden ginge?“

Die Finger vor dem Leibe ineinander verkrampft, kämpfte er weiter, las den Titel, sah, wie der große Zeiger einen letzten Sprung machte. Und fühlte, während er sich „Feigling! Elender Feigling!“ schimpfte, daß sein Wille hinter der Stirn zu Rebel wurde. Das Phantom des Vaters stand neben ihm.

Das Werk rasselte und schlug. Der Rebel verschwand. Und Jürgen dachte: Ich kann auch jetzt noch hinein. Aber sofort! ... Hat der Buchhändler eben gelächelt? Ueber mich?

Der stand im Türschwamben und blinnte gelangweilt über die gepflegte, sonndurchwirkte Anlage weg, in der die kreisenden Nasenpfeifen Regenbogen schlugen.

„Solange er unter der Tür steht, kann ich ja nicht hinein.“ Der Buchhändler gähnte, trat gähnend in seinen Laden zurück.

„Jetzt! ... Wenn ich den Mut jetzt nicht aufbringe, wird das Leben auch in Zukunft mit mir machen, was es will. Das ist klar.“

Da erschien bei der Kirche ein Mitschüler Jürgens, Karl Lenz, Sohn eines Universitätsprofessors. Jetzt natürlich kann ich nicht hinein, dachte Jürgen und ging mit Karl Lenz in die Anlage, sah abwesend eine Sonne an. Die gestärkten Röde

lichen Ansicht?“, bei der Tante in Schutz nehmen: „Ihr Reife hat öfters solche erstaunlich selbständigen Ansichten.“

Sagt die Tante erneut zum Vater: „Da ist er ja gar keine Schande für die Familie.“

Und der Vater sagt: „Entschuldige, daß ich dich ein „Schmähdliches Etwas“ genannt habe ... Wie konnte ich dich nur so verächtlich und gleichgültig behandeln. Unbegreiflich!“ Jürgen lächelte bescheiden.

Die Tür des nebenan liegenden Bibliothekszimmers wurde nach dem Gange zu geöffnet. Und Jürgen hörte, wie der Vater, der trank im Lehnstuhl sah, zu Herrn Philippi, einem alten Freunde des Hauses, sagte: „Ich werde ihn in den Staatsdienst stecken. Ein kleiner, vorstrahlender Amtsrichter oder so etwas ähnliches! Er taugt zu nichts anderem. Tölpelhaft, unvernünftig und lebensunwichtig ist er.“

Jürgen drehte, als stünde er vor dem Vater, Kopf und Schultern gedehnt seitwärts und hob die Brauen, daß die Stirn flackern bekam.

„Niemand kennt die Möglichkeiten, die in einem so jungen Menschen liegen. Niemand kennt das Maß einer unfertigen Seele.“ sagte Herr Philippi. Die Brillengläser in seinem verträumten Geiergesicht funkelten. „Auch die Seele deiner Frau hast du so lange mit dem Lineal gemessen, bis dieses leidensfähige Gemüt einging wie ein krankes Bögechen.“ dachte er und sagte es nicht.

Auf dem Gange fing die Tante Herrn Philippi ab. „Wie geht's ihm? Wie ist mein Bruder?“

„Unvernünftig, meine Liebe!“ Herr Philippi wollte fortsetzen.

Sie erwischte ihn noch am Ärmel. „Daß dieser bedeutende Mann so einen Sohn haben muß! Wir schämen uns seiner! ... Heute sagte der Vater zu ihm: Du kommst in ein Bureau. Das ist das Beste für dich ... Und das ist auch meine Meinung.“

Jornig blinnte Herr Philippi in die harten Augen des alten Mädchens, betrachtete, als zähle er sie, schweigend die mit der Brennschere sorgfältig gedrehten, an Stirn und Schläfen platt angeprügelten, schwarzen zwölf Fragezeichen. „Dann erziehen wohl Sie ihn, falls Ihr Bruder sterben sollte? ... Kann ich mit Jürgen sprechen?“

„Ja, ich erziehe ihn. Er schreibt gerade seinen deutschen Aufsatz: „Die Bedeutung der Tinte im Dienste des Kaufmanns“. Sprechen können Sie ihn jetzt nicht. Der Stundenplan muß streng eingehalten werden.“ (Fortsetzung folgt.)

Durch Not zur Kindesmörderin geworden. Wieder eine Tragödie einer unehelichen Mutter.

Die 6. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte eine Angeklagte wegen Kindesmord, die eigentlich vor das Schwurgericht gehörte, aber infolge der Notverurteilung jetzt vor dem Justizsenat des Landgerichts I verhandelt wird. Die Angeklagte, eine Hausangestellte namens Martha Geppert, war in vollem Umfange geistig, am 6. Oktober v. J. ihr 10 Tage altes Kind in die Spree geworfen zu haben. Die bitterlich weinende Angeklagte schilderte, wie sie zu der Tat gekommen ist.

In ihrer Heimat Oppeln hatte sie sich in einen Schlächter Walter Krüger verliebt, der ihr auch die Ehe versprochen. Das Liebesverhältnis war nicht ohne Folgen geblieben. Als die Geppert sich Mutter fühlte, schämte sie sich, in der Heimat zu bleiben, und fuhr nach Berlin, wo sie unter den hiesigen Verhältnissen als Dienstmädchen fand. Die wohlwollende Hausfrau behielt das Mädchen bis zum Tage vor der Geburt im Hause. Es entwickelte sich dann wieder das alte beschämende Spiel, daß der Vater des Kindes sich öffentlich zurückzog und das Opfer seiner Lust seinem treulosen Gesinde überließ. Ende September schenkte die Angeklagte in der Frauenmilitärstraße, in der Joesstraße, einem Mädchen das Leben. Nach 10 Tagen wurde sie aus dem Krankenhaus entlassen. Sie wollte in die Heimat zurückfahren und lenkte ihre Schritte nach dem Bahnhof Friedrichstraße, da sie nicht wußte, wo sie mit dem Kinde ohne Obdach und Geld in Berlin bleiben sollte. Schicksalhaft erzählt sie: „Als ich zum Bahnhof kam, erfuhr ich, daß die Fahrkarte vier Milliarden kostete. Ich hatte aber nur 300 Millionen. Schamensang irrete ich mit meinem Kinde durch die Straßen. Da kam ich an den Kupferarben. Ich sah das Wasser und ich schmeckte, ohne zu wissen was ich tat, die Kleine in die Spree. Ich lehnte mich während der Nacht auf die Straße und am nächsten Tage ging ich zu meiner alten Dienstherrin, die mich auch aufnehmen wollte. Als ich erkrankt wurde, wo das Kind sei, antwortete ich, es sei gleich nach der Geburt gestorben.“ Schließlich kam die Tat doch heraus. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rothmann nahm nicht an, daß die Angeklagte mit Hebelung erkrankt habe. Die Tat sei aus einer Verweissungslust heraus geschehen, da der Vater des Kindes keine Versprechungen nicht gehalten habe. Er hat deshalb der Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Trotzdem mußte die Strafe empfindlich sein, da die Tat an Kindesmord grenze. Er beantragte daher, die Angeklagte zu zwei Jahren Gefängnis zu verurteilen. R. A. Dr. Hirschowitz trat für eine mildere Beurteilung ein. Das Gericht ging jedoch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis wovon zwei Monate auf die Untersuchungshaft anzurechnen wurden. Auch der Antrag auf Begnadigung wurde vom Gericht abgelehnt. Das Gericht erkannte deshalb auf eine strenge Strafe, weil nach seiner Ansicht die Angeklagte zuerst sich an eine Muttterschutzstelle oder an die Dienstherrin hätte wenden können.

Die Pässe für Minderjährige.

Zur Abwendung der Gefahren, die minderjährigen Personen bei Reisen in das Ausland drohen, wird, wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, nach einer Verfügung des Ministers des Innern folgendes bestimmt:

Reisepässe und Stättermerte dürfen an Minderjährige deutscher Staatsangehörigkeit nur erteilt werden, wenn zu dem Antrage die schriftliche Einverständniserklärung des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen beigebracht wird. Vor Erteilung solcher Reisepässe und Stättermerte zwecks Teilnahme an sogenannten Kunstertourneen haben die Pass- und Stättermertebehörden zunächst die Ortspolizeibehörden zur Stellungnahme darüber aufzufordern, ob gegen die Erteilung für den angegebenen Zweck im Interesse der Minderjährigen Bedenken bestehen, die sich aus der Persönlichkeit der Truppführer (Impresarios) oder der Art und den Aussichten des Unternehmens ergeben. Erteilt die Ortspolizei, daß gegen die Reise, den Unternehmer usw. keine Bedenken vorliegen, so hat die Ortspolizeibehörde dem gesetzlichen Vertreter der Minderjährigen einen entsprechenden Ausweis zu erteilen, den er der Pass- (Stättermerte-) Behörde als Unterlage für den Pass- (Stättermerte-) Antrag vorzulegen hat. Ergeben sich jedoch Bedenken, so ist auf den Minderjährigen oder dessen gesetzlichen Vertreter dahin einzumwirken, den Antrag zurückzuziehen. Wenn besondere Gründe in stichtlicher Hinsicht vorliegen, so ist gegebenenfalls die Abreise unter Anrufung des Vormundschaftsgerichtes oder des Jugendamtes zu verhindern — handelt es sich um Reisen, die minderjährige weibliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit ohne Begleitung erwachsener Angehöriger ins Ausland zum Antritt einer Stellung (außerhalb einer Kunstertournee) unternehmen, so ist von der Ortspolizeibehörde beim Reichswanderungsamt, bei Vermittlern außerdem noch bei der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels beim Polizeipräsidium Berlin anzufordern, ob die Reise unbedenklich erscheint.

Es ist selbstverständlich, daß im Interesse der Antragsteller diese Feststellungen mit größter Diskretion und Verschwiegenheit zu treffen sind.

Ein Gedentag für Oberlehrer.

Höheren Schulen Berlins ist das folgende, bedeutungsvolle schon vom 18. Januar dattere Schreiben zugegangen:

Berlin, 18. Januar 1924.
Deutschen Gruß zuvor!
Am Freitag, den 18. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ein Jugend-Gottesdienst statt zur Erinnerung an die Reichsgründung. Die Festrede hält der erste Vorsitzende der Gemeinde, Herr Dr. Conrad. Wir erlauben uns, das Lehrerkollegium und die Schülerschaft nebst Angehörigen zum Besuch des Gottesdienstes ergebenst einzuladen und bitten um rege Beteiligung. Eintritt frei!
Bund „Jugenddeutschland“.
Wältenweber, Studienleiter, Vorsitzender.

Der von der Republik bezahlte Direktor Wältenweber feiert im Kreise schwarzwälder Mitstreiter die Gründung des Kaiserreiches! Er verdient den Kronenorden IV. Klasse mit Kreuz und Schwertern und die Veretzung nach München (als Oberstudiendirektor).

Die „Versicherten“.

Von einer Genossin, die Mitglied des „Bundes der Versicherten“ ist, wird uns geschrieben:

„Zu Ihrer Notiz in Nr. 15 vom 10. Januar gestatten Sie uns die Entgegnung: Die Interessen der Versicherten und die der Ärzte sind unter der freien Arztwahl — wohl gemerkt — identisch. . . denn es ist das unbedingte Interesse des Helfers an zu Recht fordernde Hilfe. . . dem Krankenkassenarzt allerdings, beamtet und besoldet von seiner Kasse ausschließlich, fehlt sie Helferskräften durch ihre Finanzen, die sie zum mindesten günstig balanzieren will. Die Leiter des Bundes der Versicherten werden nicht für irgend welche Kränklichkeiten verantwortlich gemacht, sondern nur für die, die sie durch ihre Tätigkeit herbeiführen. Sondern wohl der Bund der Versicherten, aus Angestellten und Arbeitern bestehend, sich ein eigenes Bureau zurzeit nicht leisten kann, so hat der Genannte dem Wunsche der Versicherten entsprochen und seine Adresse provisorisch zur Erledigung der gestellten Bureauarbeiten eine Weile uns zur Verfügung gestellt. Wir wünschen nichts sehnlicher, daß der Bund der Versicherten, Krankenkassen und Ärzte zusammen die Basis finden mögen, auf daß Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden, wie sie zurzeit zum Schaden des Proletariats entstanden sind.“

Das neue Haus an der Inselbrücke.

Die Arbeiterkassen der von Not und Unterdrückung hart bedrängten deutschen Republik hat ihrer Tatkraft ein glänzendes Beispiel ausgestellt, als sie in diesen schweren Zeiten durch ihre Organisation daran ging, für ihre kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen neue Häuser zu errichten. Kürzlich berichteten wir über die Vollendung der Krolloper, die von der Volkshaus begonnen, mit Unterstützung der Allgemeinheit beendet wurde. Heute wollen wir auf ein anderes Werk hinweisen, das ganz aus eigenem durch die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte der Arbeiterkassen im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vollendet wurde: das neue Heim des ADGB.

Die Vorgeschichte des Werkes.

Nach der Revolution wuchsen die Aufgaben der Gewerkschaften und damit auch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in das schier Unermessliche. Immer neue Scharen von Arbeitenden strömten der freien Gewerkschaften zu, die in einer Zeit politischer Hocherregung, als die Umstellung der Wirtschaft von Kriegs- auf Friedensarbeit unter großen Schwierigkeiten durchzuführen war, geradezu Wunderdinge tun sollten. Bald reichten die dem Bunde zur Verfügung stehenden Räume in dem alten Gewerkschaftshaus an Engelauer nicht mehr aus, um das zur Bewältigung der Reichsarbeit erforderliche Personal unterzubringen. An eine Erweiterung der Räume in dem Hause an Engelauer war nicht zu denken. Die Wohnungsnot aber und die durch sie hervorgerufenen Wohnungsnotbestimmungen verboten das Mieten von Privaträumen in einem anderen Hause. So tauchte zunächst der Plan auf, irgendwo in einer möglichst günstigen Gegend ein bebautes Grundstück zu erwerben und für die Zwecke des Bundes herzurichten. Alle Bemühungen in dieser Richtung schlugen fehl. Ein weiterer Versuch, der Raumnot durch den Ankauf und Ausbau eines Fabrikgrundstücks zu steuern, war ebenfalls ohne Erfolg. So wurde als letzter Ausweg die Errichtung eines Neubaus ins Auge gefaßt. Zunächst war geplant, diesen Neubau auf einem in Treptow gelegenen Gelände zu errichten. Dort war Grund und Boden noch relativ billig. Diese Absicht wurde schließlich der ungünstigen Lage des Grundstücks wegen aufgegeben und nach einem Bauplatz in der Mitte Berlins gesucht, der durch möglichst günstige Verkehrbedingungen erreicht werden konnte.

Zwischen Wallstraße und Neukölln am Wasser.

Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Es wurde am weit des Spittelmarkts das von drei Straßen — Wallstraße, Inselstraße und Neukölln am Wasser — umgrenzte Grundstück erworben. In nächster Nähe liegt auch der Bahnhof Jannowitzbrücke und eine Untergrundbahnstation ist dicht neben dem Hause. Zahlreiche

Die „jüdische Internationale“.

Im Verband Groß-Berliner Ortsgruppen des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sprach kürzlich Rechtsanwalt Dr. Bruno Weis über die „jüdische Internationale“. Der Redner führte nach einleitenden Betrachtungen über das Bestehen internationaler Gruppen etwa folgendes aus:

In der politischen Erörterung der letzten Jahre spielt die „goldene“, die „jüdische Internationale“ eine besondere Rolle. Ihre Begriffsbestimmungen von antisemitischer Seite her sind außerordentlich schwankend. Die antisemitischen Ausstellungen über die „jüdische Internationale“ haben ihren eigenartigsten Niederschlag in dem phantastischen Buch „Die Geheimnisse der Weiten von Zion“ gefunden, welches das Geheimnis der Aufrichtung eines jüdischen Königstums über alle Staaten enthüllen und die auf die Unterdrückung aller Völker gerichteten Herrschaftsbestrebungen „Mizrabas“ beweisen will. Geschichtlich hat sich dieses Buch als eine ganz gewöhnliche Fälschung erwiesen. Das jüdische Volk ist heute wie jedes andere in soziale Klassen zerfallen. Ein „Alljuda“ gibt es wirtschaftlich und sozial nicht. Unerläubte internationale Tendenzen seien in keiner Weise im deutschen Judentum vorhanden. Kein Staat sehe sich heute aus einer „reinen“ Rasse zusammen. Die antisemitische Rassenlehre, die den blonden und schuldlosen Germanen dem schwarzen, schuldbeladenen Semiten gegenüberstellt, wird von der Wissenschaft nicht ernst genommen. Die berufliche, soziale, politische und kulturelle Gliederung der Juden beweist, daß diese fast völlig in den Schichten, zu denen sie sozialgerneise gehören, aufgegangen sind. Der Nachweis, daß irgendwelche jüdische Bestrebungen oder Welttendenzen vorhanden seien, ist im Ernst niemals geführt worden.

Am Zuchthaus vorbei.

Der Polizeibeamte als Zeuge.

Sehr böse sah für den Werkzeugmacher Wilm Dräger der Fall aus, der ihn wegen Rückfalldiebstahls vor die 7. Strafkammer des Landgerichts III führte. Ein Ueberwachungsbeamter hatte in der Nacht zum 18. Juli v. J. einen Mann beobachtet, der an der Nordbahnstrecke Telegraphendrähte abgebrochen hatte und dabei war, sie aufzuwickeln. Als der Beamte den Unbekannten stellen wollte, lief dieser davon und entkam auch, obwohl der Verfolger hinter ihm her schoß. Es wurde nun ein Polizeihund herbeigeholt, der die Spuren verfolgte. Das Tier führte auf das sogenannte „weiche Haus“ bei Borsdorf bei Oranienburg. In diesem wohnte ein Generaldirektor. Um die Villa liegen aber mehrere Arbeiterhäuser. Die Polizeibeamten ließen alle Bewohner der Häuser herbeiführen und der Verdacht lastete sich auf Dräger, weil er bereits vorbestraft war. Eine Hausdurchsuchung blieb allerdings ergebnislos. Vor Gericht belagerte der Polizeibeamte Dräger, da er ihn wiederzuerkennen glaubte. Der Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Zuchthaus. R. A. Wisloch bestand aber darauf, daß auch der Generaldirektor S. vernommen werde. Dessen Antrag mußte die Strafkammer auch stattgeben und in dem gestrigen Termin befandete dieser Zeuge, daß ihm damals der Polizeibeamte gesagt habe, „der Täter sei so schnell davongelaufen, daß er ihn nicht habe erkennen können“. Infolge dieser Aussage beantragte Staatsanwalt und Verteidiger die Freisprechung, auf die auch das Gericht erkannte.

Unsere Abonnenten

möchten wir dringend ersuchen, den Botenfrauen ihre gewiß nicht leichte Tätigkeit nicht noch dadurch zu erschweren, daß bei Bezahlung der Abonnementquittung kleinste Papiermarktscheine in Zahlung gegeben werden. Das Fehlen der kleinen Scheine hält die Frauen außerordentlich auf und bringt stets Verzögerungen in der Zustellung der Zeitung. Aber auch den Ausgabestellen sowie dem Verlage erwachsen durch Sortieren und Zählen der kleinen Scheine Zeitverlust und Ausgaben für die hierzu notwendigen Arbeitskräfte. Ferner werden Scheine in bestimmter Höhe von den Banken nicht mehr angenommen. Nach einer Verordnung vom 8. Januar sind die öffentlichen Kassen nicht verpflichtet, kleinere als 50-Milliardenscheine anzunehmen.

Wiener Skandalaffären.

Ganz Wien steht unter dem Eindruck der Aufdeckung einer Skandalaffäre, an der Kinder zum Bergnigen krankhaft veranlagter Missetäter grausam mißhandelt wurden. Sogar geschlechtlicher Mißbrauch von Kindern soll in der Wohnung der „Sprachlehrerin“ Kabiner aus Istrien vorgekommen sein. Sie und ihre Landmännin

Straßenbahnlinien laufen im Zentrum der Stadt zusammen. Diese günstige Lage ließ auch den Nachteil übersehen, daß das Grundstück fast in der Diagonale von dem Tunnel der Untergrundbahn durchschnitten wird. Auf der 3275 Quadratmeter großen Baustelle standen und stehen noch heute drei alte Wohnhäuser, etwa ein Drittel der Gesamtfläche wurde für die Errichtung des Neubaus in Aussicht genommen. Die Baukosten wurden im März 1922 auf etwa 11½ Millionen Mark veranschlagt. Mehr als einmal hatte es den Anschein, als ob die Inflation und die durch sie hervorgerufenen wirtschaftlichen Mißstände das begebene Werk zum Stillstand bringen könnten. Allen Hindernissen zum Trotz ist es gelungen, den Bau zu vollenden. Am 28. März 1922 gab der Bundesausschuß seine Zustimmung zur Errichtung eines neuen Gewerkschaftshauses an dieser Stelle.

Der Neubau.

Die Pläne zu dem Neubau wurden von den Architekten Laut und Hoffmann entworfen. Die Bauausführung wurde der Bauhütte, Mitglied des Verbandes sozialer Baubetriebe, übertragen. Im April 1922 wurde mit dem Werk begonnen. Die Ausführung wurde dadurch verzögert, daß der Tunnel der Untergrundbahn überbrückt werden mußte. Jetzt ist das neue Haus vollendet. Fünf Stockwerke hoch reißt es sich hier mitten im alten Berlin empor. Es ist ein Haus von „modernen“ Formen geworden, ein Zementbau, dessen weiche Hauptlinien zwischen roten Flächen emporspringen. Keine runden Formen, alles eckig und kantig. Wollte der Baumeister damit andeuten, daß das die architektonische Form sei, die dem Geist der Arbeiterklasse entspricht? Ist das Gebäude äußerlich durch weich und rot gekennzeichnet, so herrschen im Innern Blau und Grün, Gelb und Rot, Braun und Schwarz, eine ganze Farbenskala, die jedoch in breiten Flächen in scharf berechneter Wirkung aufgetragen sind. Im Erdgeschoss wird die neue von den Gewerkschaften errichtete Bank, die Deutsche Kapitalwertungsgesellschaft untergebracht. Im Keller ist eine noch modernsten Grundrisses geschaffene Treppentreppe eingebaut. Am 1. Stockwerk sind Geschäftsräume des Gewerkschaftsbundes, darunter auch die Zimmer des Vorstandes. Im 2. Stockwerk ist neben Bureaus auch die städtische Bibliothek untergebracht. Im 3. Stockwerk liegen der große und der kleine Sitzungssaal, deren Ausstattung große Beachtung verdienen. Bei aller Einfachheit hat der Architekt durch eigenartige Anwendung moderner Formen recht seltsame Wirkungen erzielt. Die Räume des 4. und 5. Stockes sollen für Geschäftszwecke vermietet werden. Im Dachstuhl liegen einige Fremdenzimmer für auswärtige Gäste des ADGB. Ferner wird hier die Registratur zu finden sein.

Das Haus ist geworden. Internationale Solidarität hat es bauen geholfen. Möge es ein Wahrzeichen für die Kraft der Arbeiterklasse sein.

und Zureiberin Degraffi sind verhaftet, ebenso der eine und andere Besucher dieser sauberen Veranstaltungen. Ein Wiener Blatt hat behauptet, daß auch ein Arzt, Dozent der Augenheilkunde und Assistent an einer Augenklinik, zu den Besuchern gehöre, und auf die 24stündige befristete Drohung des Staates mit Namensnennung ist dieser Herr „krankheitshalber“ beurlaubt worden.

Dazu kommt nun noch, daß der berühmte Chirurg und Klinikvorsteher Professor Dr. Kochenogga seinen Gegnern, die ihn u. a. schlechte dienstliche Behandlung der Ärzte vorwarfen und sogar seinen Ruf als Operateur untergraben, in öffentlicher Vorlesung als einzigen Grund ihres Hasses nachgesagt hat, daß er sich mehrere, S. H. m. i. e. d. r. zu nehmen, wie das ein sehr großer Teil der Ärzte für Ueberweisung von Patienten zur Operation tue; ja, es wurden sogar Operationen ohne Not, nur aus Honorar- und Schmeichelegründen, vorgenommen! Ein Mann in der Stellung Kochenoggas kann so Ungeheuerliches nicht behaupten, wenn er nicht Beweise zur Verfügung hat. Er wird sie vorlegen müssen.

In dem Untersuchungsverfahren wegen Ermordung der achtzehnjährigen Majewski, die bekanntlich Anfang Dezember v. J. getötet worden ist, fand am Montag, Schaperstr. 11, in der Kellerwohnung des Hinterhauses ein Hofalter zu dem Zweck statt, die Behauptungen des Angeklagten nachzuprüfen, daß nur aus Fahrlässigkeit beim Herausziehen des Revolvers aus der Holentasche und beim Hinlegen der Waise auf den Tisch der Schuß losgegangen sei. Die Kugel sei der auf einem niedrigen Sofa sitzenden Braut des Beschuldigten, dem Fräulein W., die sich über den Tisch gebeugt hatte, in die Nase gedrungen und habe den Tod herbeigeführt. Sodann begab sich der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt in die darüberliegende Parterrewohnung und ließen unten am Tatort die anderen Beteiligten sich laut unterhalten. Es wurden damit Hörsprüche angefaßt. Wie erinnert, hatte der Angeklagte mit seiner Mutter die Leiche in einem Sack fortgeschafft und in Bealig vergraben.

Zum Verzeihen! Die Krankenlastenbauüberhände haben zu der am 17. d. M. einberufenen Sitzung des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen ersten Stellung genommen und beschlossen, jede zentrale Verhandlung über die Beendigung des Arztstreiks abanzusehen und im Reichsausschuß nur über die für diesen aufgestellte Tagesordnung zu verhandeln.

Erinnerungen aus den Revolutionsjahren im Film. Der Verein Sozialistische Arbeiterjugend, Abt. Süd-Ost, wird am Sonnabend, den 19. Januar, den obengenannten Film in der Sulaulaus-Reisenberger Straße, Ecke Hofierstraße, zur Aufführung bringen. Weiter werden die Filme „August Bebel“ und „Die Tierwelt der Nordsee“ sowie der Trickfilm „Der Dämon und der Swinigel“ vorgeführt. Beginn der Vorstellung 7½ Uhr. Eintritt 30 Goldpfennig. Der Ueberblick wird dem Ferienheim der Arbeiterjugend am Luenzsee überwiesen.

Arbeitslose Gerichtsbeamten. Von etwa 1500 nicht fest besoldeten Gerichtsbeamten sind zurzeit mehr als 1100 ohne Kommandos und daher ohne Einkünfte. Unternehmerrisiko werden auf, daß Arbeitsvermittlungsausschuß für Arbeitslosenbeamten am Kammergericht zu Berlin W., Gieselerstraße, hingewiesen.

Eröffnung einer weiteren Speiseausgabestelle. Western eröffnete der Ausschuss für Volkshilfe in dem Schulreih-Bahnhof-Ausschuß (frühere Bodbrauer), Chaussee 64, eine weitere neue Speiseausgabestelle. Der Kartentausch erfolgt in der Zeit zwischen 11-2 Uhr mittags. Es ist dies in ganz kurzer Zeit die fünfte Speiseausgabestelle, die in wirklich zu diesem Zwecke geeigneten Räumen eröffnet wird.

Preussische 5-Goldmark-Scheine. In den nächsten Tagen werden, wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, 100 Goldmark Scheine des Reichsaates Preußen, lautend über 5 Goldmark entsprechend 50/42 Dollar nordamerikanischer Währung in den Verkehr gegeben werden. Der auf welchem Wasserzeichenpapier (Kartennmuster) gedruckte 100-Goldmark-Schein ist 70 x 110 Millimeter groß. Die Wirkung des Wasserzeichens wird durch den über die Mitte des Scheines laufenden roten Papierstreifen, der grüne Flecken enthält, wesentlich erhöht. Die Rückseite des Goldscheins ist unbedruckt.

Ein Hilfswerk für hungernde und frierende deutsche Kinder in dem Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsamt im Saargebiet einberufen worden. Aus Düsseldorf, Lüneburg, Vöckum, Hamburg, Berlin, Magdeburg, Kassel und Darmstadt werden gegen Ende des Monats 1200 bedürftige deutsche Kinder zur Erholung im Saargebiet eintreffen. Weitere Kindertransporte werden folgen.

Vorstandskonferenz der Partei.

Eine am Mittwoch abend abgehaltene Vorstandskonferenz des SPD-Bezirksverbandes Groß-Berlin nahm die vom Bezirksverband getroffenen Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen zur Kenntnis. Die organisatorischen Vorarbeiten sind eingeleitet, so daß die Wahlarbeiten unmittelbar nach der Festlegung des Wahltermins in vollem Umfange einleiten können. Auch in finanzieller Hinsicht ist Vorsorge für die Schaffung eines Wahlfonds getroffen. Der Bezirksbildungsausschuss hat Maßnahmen getroffen, um schon jetzt eine Anzahl geeigneter Parteifunktionäre mit geistigem Rückhalt für den Wahlkampf zu versehen.

In der Konferenz herrschte eine zufriedenstellende Stimmung. Es kam zum Ausdruck, daß wir keinen Anlaß haben, pessimistisch zu sein, sondern daß, wenn wir mit aktiver Arbeit und Kampfbereitschaft die Wahlbewegung betreiben, der Erfolg nicht ausbleiben wird.

Die Bibliothek des Dichters Julius Rodenberg (f. St. Herausgeber der „Deutschen Rundschau“) geht in den Besitz der Berliner Stadtbibliothek über. Die im Dezember verstorbene Frau Rodenberg hat ein entsprechendes Vermächtnis hinterlassen.

Arbeiterbildungsschule Groß-Berlin. Heute abend 7 1/2 Uhr beginnen folgende Arbeitsgemeinschaften: a) „Kampfbüro und Arbeiterbewegung“ (Genosse Stein) in der Rurikischen Ehrenhalle, Lindenstr. 3, 1. Hof. b) „Kontrollrat der modernen Kapitalisten“ (Genosse Müller) Rurikstr. 10, im 2. Hof. c) „Arbeiterbildung“ (Genosse Müller) Rurikstr. 23. d) „Arbeiterbildung“ (Genosse Müller) Rurikstr. 23. e) „Arbeiterbildung“ (Genosse Müller) Rurikstr. 23.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag, den 20. Januar 1924, nachmittags 2 1/2 Uhr, 4. Festungsgasse (Kammeramt) Professor Karl Altmann, Aufstiegspro Kurze 60 Goldpennige. Einzelfortsetzung zum Besuche von 1. G. am 2. in dem im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und am Eingang des Saales. — Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Urania, Tauentzstraße, Vorführung des Filmdokumentars „Kampf und Sieg“ und „Eisenbahnen“. Karten zum Vorzugspreise von 25, 35, 50 und 60 Goldpennigen im Bureau des Bezirksbildungsausschusses.

Neue Schwierigkeiten in der Elbschiffahrt. Infolge der wieder eingetretenen kalten Räte sind die Eisverhältnisse auf der Elbe für die Schifffahrt wieder schwieriger geworden. Ein besonders starker Eisgang ist auf der Strecke von Brunshausen bis Blankenheide zu verzeichnen. Die großen Eisbrecher sind hier dauernd tätig, um das zusammengehobene Eis ins Treiben zu bringen. Auch im Hamburser Hafen hat das Eis bedeutend zugenommen, so daß die Kleinshiffahrt schwer leidet.

Das Erdbeben in Tokio ist nach Blättermeldungen im ganzen Bezirk, in dessen Mittelpunkt Tokio liegt, verspürt worden. Seit der Katastrophe vom 1. September des vergangenen Jahres sei noch nicht wieder ein so heftiger Erdstöß ausgebrochen. In der Stadt Tokio seien die elektrischen Leitungen unterbrochen. Im nördlichen Stadtteil kam es zu Bränden. Die Erdbeben sind auch in Nagoya verspürt worden. Eine ministerielle Bekanntmachung teilt mit, daß in Tokio und Yokohama die Zahl der Toten gering ist. Ein amtlicher Bericht des britischen Botschafters in Tokio meldet, daß das gesamte Personal der britischen Botschaft sich in Sicherheit befindet, obwohl das Gebäude großen Schaden durch das Erdbeben erlitten hat.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Richtung, Berliner Referenten!

Wir ersuchen dringend, soweit noch nicht geschehen, die den Referenten überlieferten Fragebogen umgehend ausgefüllt zurückzusenden oder dem Bureau telephonisch die erbetenen Angaben zu übermitteln. Das Sekretariat.

Bezirksvorstand.

Sonabend, den 19. Januar, abends 6 Uhr: Sitzung mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission im Jugendheim, Lindenstr. 3.

7. Kreis Friedrichshagen. Der Vorbereitungsunterricht (Lebenskunde) zur Frühjahrswahlperiode, die am 16. und 18. März stattfindet, wird erteilt jeden Sonntag und Freitag von 4-6 Uhr in der Klasse 2M der 22. Gemeindefabrik, Dronowstr. 15a, durch den Genossen Lehrer Wilhelm Schmalzer. Samstags- und Unterrichtsgebühr 2 Pf.
8. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 18. Januar, 7 Uhr, erweiterte Kreisversammlung bei Heim, Hebeplatz 23.
9. Kreis Mitte. Freitag, den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Diener, Heilmannstr. 61. Sitzung des engeren Kreisverbandes mit dem Bezirksvorstand.
10. Kreis Köpenick. Abteilungsbesitz, Beamte u. Behördenangehörige, Sitzung morgen, Freitag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, im Parteibureau, Redarstr. 1. — Abteilungsbesitz der Arbeiterfreunde! Freitag, den 18. Januar, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft aller Helfer und Helferinnen beim Genossen Eise-Gottschalk, Götze-Str. 2. Gäste willkommen.
11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Sonnabend, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Schützen-Offenbacher Straße, „Erläuterung der sozialistischen Weltanschauung“ von Ernst Hoff. Mitwirkende: Frau Gertrud Hoff, Professor Heller, Hermann Dopf, Eintracht 1. Garten sind nach am Eingang des Saales zu haben.

Heute, Donnerstag, den 17. Januar:

12. Kreis Prenzlauer Berg. Abends pünktlich 8 Uhr, Rurikstr. 15. Vortrag der Genossen Rodenberg über: Die Bedeutung der Frau in der Partei und in der Wahl.

13. Kreis Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr, Abteilungsversammlung bei Frau Rodenberg, Rurikstr. 15. Vortrag der Genossen Rodenberg über: Die Bedeutung der Frau in der Partei und in der Wahl.

14. Kreis Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Mühlentorstr. 22. Vortrag der Genossen Rodenberg über: „Recht und Wirtschaft“. Alle Jungsozialisten sind willkommen.

Morgen, Freitag, den 18. Januar:

1. Kreis Mitte. 7 1/2 Uhr, Sitzung der Bezirksleiter, Betriebsvertrauensleute sowie sämtlicher Funktionäre im Saal Rodberg, Engelstr. 23.

2. Kreis Mitte. 8 Uhr im Rimböck, Freitagstr. 35. Vortrag der Genossen Rodenberg über: „Die sozialen Verhältnisse im alten Griechenland.“ (Hilfsführung.)

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

24. Jhr. Genosse Paul Worch, Choriner Str. 22, 18 verstorben. Einbürgerung heute, Donnerstag, den 17. Januar, 3 Uhr, im Konsistorium Gerichtsstraße. Mitbestellende Genossen sind von der Abteilung des Fahrgelbes zurückvergeben.

Jugendveranstaltungen.

1. Kreis Mitte. Mittwoch! Zur Theateraufführung am Sonntag, den 20. 1. M., nachm. 3 Uhr, „Der arme Heinrich“ von G. Hauptmann, sind nach Einzelkarten zum Preise von 75 Pf. pro Stück im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr. (Zimmer 21) zu haben.

Heute, Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

1. Kreis Mitte. Jugendheim, Offenbacher Str. 2a, Karl-Liebknecht- und Arbeiterbildungsschule. — Grundrunden: Schule Götterdämmerung Str. 2, Vortrag: „Arbeiterleben und Kampf.“ — Weisheit IV: Saal zum „Kämpfer“, Götterdämmerung, Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Gewerkschaftsleiter: Bodenholz Oberberg Str. 57, Vortrag: „Berlin vom Kaiserhof zur Großstadt.“ — Gewerkschaftsleiter: Wetzl, Kula Denker Str. 22, Vortrag: „Arbeiterbildung und Vortrag: „Der Kampf um die Arbeitszeit.“

Vorträge Vereine und Versammlungen.

1. Kreis Mitte. Ober-Nieberschöneweide-Johannishof, Uhrungshunde bis auf weiteres jeden Donnerstag im Restaurant Eintracht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Nach Amerika. Wir verweisen auch an dieser Stelle nochmals auf die am Sonntag, den 17. Januar, und Freitag, den 18. Januar, 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, den 19. Januar, 8 und 9 1/2 Uhr abends, und Sonntag, den 20. Januar, 10 Uhr abends, in der Urania, Tauentzstraße, 4449, herzuführenden Filmvorführungen des Vortragens Oberingenieur Freyer, Hannover. Der am Sonntag, den 20. Januar, 8 Uhr abends, in der Urania stattfindende Filmvortrag „Im Wunderreich der Technik und Natur“ bildet eine ausgezeichnete Ergänzung zum Dokumentarfilm.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt	November	657 000 000 000
	Dezember	1 247 000 000 000
5. November		98 500 000 000
12. "		218 000 000 000
19. "		831 000 000 000
26. "		1 535 000 000 000
3. Dezember		1 515 000 000 000
10. "		1 269 000 000 000
17. "		1 163 000 000 000
22. "		1 150 000 000 000
29. "		1 147 000 000 000
7. Januar		1 130 000 000 000
14. "		1 110 000 000 000

Abnahme gegenüber der Vorwoche 1,8 Proz.

Trotz dem ungeheuren Abbau der Gehälter und Löhne der Beamten und Angestellten und Arbeiter der Behörden, einem Beispiel, dem die Industrie gefolgt ist, soweit sie nicht selbst damit anfangen; trotzdem die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel und Landwirtschaft erheblich unter den Nominalhöhen der Friedenszeit liegen, diese Löhne und Gehälter, die nach den Behauptungen der Regierungspolitiker und der Unternehmer schuld an der Teuerung seien, haben wir immer noch überhöhtene Lebenshaltungskosten. Wie würde das aber erst werden, wenn nach den Absichten des Reichsfinanzministeriums Gadmieten erhoben würden, ohne daß diese Kopfsteuer wenigstens der Wirtschaft wieder zugeführt würde.

Die Großhandelspreise.

Die auf den Silbtag des 15. Januar berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts beträgt 119,8 und zeigt somit gegenüber dem Stande vom 8. Januar (119,7) keine wesentliche Veränderung. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 108,9, (am 8. Januar ebenfalls 108,9), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 84,9 (84,2), Industriestoffe 143,9 (143,6), davon die Gruppe Kohlen und Eisen 140,5 (140,2), ferner Inlandswaren 111,4 (111,7), Einfuhrwaren 161,6 (160).

Der schwache Preisrückgang der letzten Wochen scheint also wieder zum Stillstand gekommen zu sein. Die Industriestoffe, mit einer Steigerung von 43,9 Proz., stehen weit über allen anderen Inlandswaren und zeigen somit deutlich, wo eingegriffen werden muß, wenn ein Preisabbau durchgeführt werden soll.

Wirtschaftlicher Ausblick.

Bei oberflächlicher Betrachtung ergibt sich noch immer ein außerordentlich trübes Bild von der deutschen Wirtschaftslage. Im unbefestigten Gebiet beziehen etwa anderthalb Millionen Vollerwerbslose Unterstützung, und die Zahl der unterstehenden Kurzarbeiter beträgt ebenfalls noch eine Million. Die Arbeitsmarktlage drückt im Zusammenhang mit einem deutlich fühlbaren Mangel an Betriebskapitalien auf das Lohnniveau, so daß selbst diejenigen, die noch Beschäftigung finden, in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen sind. Die jetzige Wirtschaftslage ist tatsächlich die aller schlimmsten, die Deutschland je erlebt hat. Sie trifft mit ihrer ganzen Wucht die Industrie und dort wieder das Heer der Arbeiter und Angestellten. Während frühere Wirtschaftskrisen sich zuerst durch einen allgemeinen Krach in der Börse- und Bankwelt sowie im Warenhandel äußerten, sind jene Kreise trotz des Abbaues der Kurse und Preise diesmal bisher noch verhältnismäßig gut davon gekommen. Die eigentlichen Ruheher der Inflation und Geldentwertung haben merkwürdigerweise den Uebergang zur Rentenmarkt, soweit dies äußerlich erkennbar ist, ganz gut überstanden. Geht man den Dingen jedoch auf den Grund, so wird man finden, daß vor allem die Banken es verstanden haben, sich vor schweren Schlägen durch außerordentlich rigorese Politik gegenüber ihrer Kundschaft wie gegenüber ihren Angestellten zu schützen. Industrie und Gewerbe können von dieser Bankpolitik ebenso ein Lied singen wie die Bankangestellten. Trotzdem ist aber die wirtschaftliche Macht der Großbanken stark zurückgegangen. Sie haben jahrelang die eigentlichen bankmäßigen Geschäfte stark vernachlässigt und lediglich die Börsenpekulation begünstigt. Infolgedessen haben sie die Fühlung mit der produktiven Wirtschaft verloren. Der Industrie und der sonstigen Geschäftswelt können die Banken heute keine rettende Hand bieten, um ihnen über die Kreditkrise hinwegzuhelfen. Die Wiederherstellung erträglicher Beschäftigung erfolgt infolgedessen ganz auf Kosten des Arbeitnehmers. Ein bescheidener Lichtblick bietet sich aber doch.

Während sonst der Monat Januar regelmäßig im Zeichen einer Verschlechterung des Beschäftigungsgrades stand, kommen jetzt schon aus vielen Gewerben Nachrichten darüber, daß der Beschäftigungszustand sich merklich hebt. Man geht in zahlreichen Betrieben wieder zu voller Beschäftigung über und stellt auch bereits entlassene Arbeiter wieder ein. Die Zahl der Kurzarbeiter dürfte sich im Laufe des Monats Januar weiter vermindern. Am deutlichsten tritt die Belebung in den verschiedenen Zweigen des Textilgewerbes, einem kleineren Teile der Metallindustrie und im Holzgewerbe hervor. Auch die Bersten, die Lederindustrie, ein Teil der Tabakindustrie und die Porzellanfabriken stehen im Zeichen einer leichten Belebung.

Ob diese Erholung von Dauer sein wird und ob sie sich auf weitere Industrien ausbreitet, hängt natürlich in erster Linie von der weiteren Gestaltung unserer Geldverhältnisse und der Exportmöglichkeiten ab. Zweifellos wird das Tempo des Aufstiegs durch die herrschende Kapitalknappheit wesentlich gehemmt. Die Industrie wird genötigt sein, Schritt für Schritt aus dem Produktionsprozeß diejenigen Kapitalien herauszuholen, deren sie bedarf, um ihre Fabrikation wieder auf eine breitere Basis zu stellen. Der wesentliche Erfolg der Stilllegung der Rotenpresse für die Industrie liegt darin, daß sie eine Basis für sorgfältige Kalkulationen wiedergefunden hat. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß durch die Verhältnisse im Ruhrrevier die Lieferung von Koks und Kohle in den notwendigen Qualitäten und zu Preisen, die der verarbeitenden Industrie die Wiederaufnahme des Konkurrenzkampfes ermöglichen, noch außerordentlich schwierig ist, und daß auch die Eisenbahntarife noch lange nicht jene Ermäßigung erfahren haben, die notwendig wäre, um den Erholungsprozeß der Wirtschaft nachhaltig zu beeinflussen.

Die Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen.

Weist man sich bei Unterhaltungen über die Finanzen des Reiches die Beteiligten keine rechte Vorstellung davon, wie stark die Schwankungen der Einnahmen des Reiches in den vergangenen Jahren gewesen sind. Wir geben nachfolgend einen Ueberblick für die Jahre 1920 bis 1923. Er zeigt, daß die Einnahmen des Reiches um so stärker zurückgingen, je rascher die Mark fiel. Die Steuererhebung und ihre ausübenden Organe, die Finanzämter, kamen dann nicht mehr nach. Daraus ergibt sich, daß während längerer

Zeiträume die Erhebung der Steuern, Zölle und Abgaben mehr gestoppt hat als sie einbrachte, und zum anderen, wie sehr durch die Geldentwertung Besitz und Vermögen steuerlich geschont werden sind. Unsere Zusammenstellung zeigt die Reichseinnahmen in Goldmark nach der Umrechnung der monatlichen Großhandelsindexziffer.

Monat des Rechnungsjahres	1920	1921	1922	1923
April	47,1	401,0	207,6	168,8
Mai	75,0	407,0	272,8	171,3
Juni	180,4	428,5	252,0	65,1
Juli	176,1	389,8	214,3	54,3
August	150,8	208,4	163,0	91,7
September	162,9	237,5	110,4	54,7
Oktober	219,0	251,4	88,6	12,8
November	293,8	206,2	90,1	ca. 83,0
Dezember	496,5	229,9	89,9	?
Januar	467,3	240,2	101,2	?
Februar	488,3	234,3	60,6	?
März	511,6	258,9	103,0	?
Zusammen	8 218,8	3 809,0	1 756,7	?

Anfang August 1920 begann die ernsthafteste Auswirkung der Erzberger-sozialdemokratischen Steuergesetzgebung. Damals war die Mark etwa auf ein Zehntel ihres Friedenswertes gesunken. Die günstigen Reichseinnahmen hielten bis zum Juli 1921 an, dann begannen sie nachzulassen. Im September 1922 betrugen sie nur noch ein Viertel des früheren Aufkommens. Sie sind dann fast gänzlich weiter gesunken. Die bekannten August-Steuern von 1923 vergrößerten die Reichseinnahmen noch einmal für kurze Zeit, dann ging der rasche Sturz ins Bodenlose vor sich.

Die Fallgeschwindigkeit der Papiermark.

Es ist nicht nur unterhaltsam, sondern auch lehrreich, rückblickend einmal zu untersuchen, in welchem Tempo die Papiermark sich entwertet hat. Wir bringen in der nachfolgenden Tabelle die fortwährend zunehmende Verschlechterung der Papiermark seit Kriegsausbruch. Dabei zeigt sich die Zunahme der Fallgeschwindigkeit der Papiermark, die in ihrem Höhepunkt mit der Beendigung des Ruhrkampfes zusammenfällt:

Datum	1 Goldmark = Papiermark	Zeitraum der Wertentwertung
1914 Juli	1	1
1920 Januar	10	68 Monate
1922 8. Juli	100	30
21. Oktober	1 000	108 Tage
1923 31. Januar	10 000	101
24. Juli	100 000	178
8. August	1 000 000	18
7. September	10 000 000	30
8. Oktober	100 000 000	26
11. Oktober	1 000 000 000	8
22. Oktober	10 000 000 000	11
8. November	100 000 000 000	12
20. November	1 000 000 000 000	17

Wenn es nach den sozialdemokratischen Vorschlägen zur Währungsreform gegangen wäre, dann hätten wir schon seit zwei Jahren eine echte wertbeständige Währung. Aber damals ließen die Interessenten unter Führung von Helfferich, was Helfferich durchaus nicht hindert, sich heute den Vorbehalten für die Erfindung der wertbeständigen Zwischenwährung aufs schlichte Haupt zu setzen.

„Sturm“ gegen eine anständige Steuer.

Erst in unserer Mittwoch-Morgenausgabe erörterten wir das Aufkommen aus der Kapitalverkehrssteuer für den Monat November 1923. Es stellte den größten Einnahmeposten des Reiches dar. Bei genauer Untersuchung ergab sich, daß den Hauptanteil an jener Steuer die Besteuerung der Börsenumsätze, und dabei wieder die der Devisengeschäfte erbringen.

Jetzt ist der Zentralverband des deutschen Bank- und Banklergewerbes an die Reichsregierung mit dem Verlangen der Herabsetzung der Kapitalverkehrssteuer, im besonderen der Effektenumschlagsteuer herangetreten. Man hofft wohl, von dieser für das Reich nicht allzu bedeutungsvollen Stelle aus bei passender Gelegenheit auch an die übrigen Börsenumschlagsteuern heranzukommen. Wir erwarten vom Reichsfinanzministerium nicht viel, hoffentlich bringt es wenigstens die Energie auf, der Interessentenorganisation der Banken und Bankiers ablehnend zu antworten.

Franken und Export.

In Frankreich machen sich die Folgen der Devalationsverschlechterung recht schnell bemerkbar, was an sich, bei den Erfahrungen aus Rußland, Österreich und Deutschland, kein Wunder ist. Das wird natürlich auf die Entwicklung des Franken nicht gerade günstig wirken. So exportiert die französische Industrie in zunehmendem Maße bei Rechnungstellung in Dollar. Eigene Auswirkungen hat die Entwertung des Franken in unserem Getreidehandel. Er stellt sich in Deutschland schon mehr und mehr auf französische Weizen zuzuführen ein. Begünstigt wird dies durch die Frankenpreise der französischen Frucht und die Säge der Regiebahn. Die französischen Mühlen bieten Weizenmehl bester Qualität mit 6% Dollar für 100 Kilogramm an. Das sind 28,35 Goldmark gegenüber 35 bis 40 Mark in Berlin. Dazu kommen jeweils die Frachtkosten. Wenn die Differenz der Preise auch schwankt, die Spanne wird, wenn die französische Regierung nicht aus irgendwelchen Gründen zollpolitisch eingreift, in der nächsten Zeit doch ausreichen, um im besonderen den Getreide- und Weizenimport nach dem besetzten Gebiet und den angrenzenden Staaten zu verstärken. Die „Rostocker Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß die mitteldeutschen Mühlen, die bisher den Süden und den Westen Deutschlands versorgen, von dort abgebrängt würden, denn sie pflegten zunehmend dringlich den Berliner Markt.

So zeigt die Entwicklung des Franken Anfänge von Auswirkungen, die die deutschen Wirtschaftsbeziehungen wesentlich zu verändern vermögen.

Achtprozentige russische Goldanleihe.

Die bolschewistische Zeitung „Ekononimicheskaja Schina“ macht Mitteilungen über eine neue achtprozentige garantierte innere russische Goldanleihe, die zur Auslegung kommen soll. Nach den Angaben der Zeitung soll sie zur Verstärkung des allgemeinen Reichskredits und insbesondere zur Verstärkung von Krediten für die staatlichen Unternehmungen dienen. Sie soll so fundiert werden, daß die Anlage der Kapitalien bei den Unternehmungen den Zinseszins und die Liquidität der Obligationen garantiert und gleichzeitig der Staat die nötigen Mittel zur Deckung seines Defizits erhält. Sie soll in großen Stücken von 1000 Goldrubel ausgeben und von jeder steuerlichen Abgabe befreit werden.

Offenbar braucht die Sowjetregierung neue Kredite, um den festgefahrebenen Karren der Staatsindustrie auf dem Treck zu ziehen. Die Befreiung der Anleihe von allen Steuerzulagen ist eine besonders pilante Maßnahme, mit kommunistischer Wirtschaftspolitik hat sie nicht mehr zu tun.

Der Berliner Stahlwerkschokolade. Das Kölner Stammunternehmen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr manche Schwierigkeiten überwinden müssen, die starke Ausnutzung der Berliner Fabrik diente dabei als Korrektur. Die Auslandsunternehmungen des Stahlwerkskonzerns haben, wie beiderseits gemeldet wird, „zufriedenstellend“ gearbeitet. Neben den Produktionsverhältnissen der Berliner Fabrik sollen sich nach den Mitteilungen der Verwaltung jetzt auch die der Kölner Fabrik weiter bessern.

Filmschau.

„Die Fahrt ins Glück“ wurde bei ihrer Aufführung im Tausendjährigen Palast belächelt aufgenommen. Man erwartete eine nette Sache und wurde nicht enttäuscht. Gebor v. Sobellitz hatte Böden zu einem angängigen Lustspiel, der zu einem unterhaltenden Film verarbeitet wurde. Die Gesamt-Aufnahmeleitung unterstand Volten-Baeders, aber es

wurde dennoch sehr der würdevoll bekannten langatmigen, stolzen A.-D.-Lustspiele, sondern diesmal wurde der richtige Ton getroffen. Billi Frisch erzielte sich wieder als feiner Spieler, ebenso gaben Camilla Spira, Olga Tschewowa und Adolphe Engers ihr Bestes, desgleichen Leo Sauter in seiner an und für sich größeren Komik. Die Hauptaufnahmen wurden an Bord des Dampfers „Albert Ballin“ gemacht. Einer dieser Dampfer, auf dem die Passagiere 1. Klasse von dem raffiniertesten Luxus umgeben sind. Diese Bilder waren die besten, schon

darum, weil die Umgebung so ungemein wirkungsvoll ist. Und die Dampfer jubelten bestes nie immer, wenn sie Schiffe sehen. Der amerikanische Film „Lippen in Sicht“, unter Bradins Regie, spielt am deutschen Empfinden vorbei. Die Handlungen sind ohne jede Notwendigkeit und sie wurden nur erfunden, um im Film prächtige Schiffe- und Seebilder zu bringen. Selbst Viola Dana hat man bereits weit besser gesehen, obwohl sie auch hier wieder durch ihre kindliche Natürlichkeit sehr entzückt. e. b.

„Reine Frau war über 50 Jahre mit einer lächlichen

Gleichte

besetzt. Rein gefundenes Gedicht hat sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizin-Tabletten wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Gelse ist Tausende wert. G. B. Dazu Zucker-Creme (nicht fettend und fettlos). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus 7 Uhr: **Carmen**
Opernhaus am Königsplatz 7 Uhr: **Mad. Butterfly**
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: **Peer Gynt**
Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: **Ein Volksteil**
Deutsch-Theater 7 1/2 Uhr: **Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung**
Kammerspiele 8 Uhr: **Ingeborg**

Volkstheater 7 1/2 Uhr: Die Fahrt nach Orplid

Lessing-Th. Allabendl. 7 1/2 Uhr: Was ihr wollt

Deut. Künstler-Th. Allabendl. 7 1/2 Uhr: Señora

Th. im Admiralspalast Allabendl. 7 1/2 Uhr: Bruner und drüber

Deutsch-Opernhaus 7 1/2 Uhr: Die Zauberflöte

Intimes Theater 8 Uhr: Der Hinduprinz

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Marletta

Neues Theater a. Zoo 7 Uhr: Premiere

Neues Volkstheater 8 Uhr: Die keusche Susanne

Renaissance-Theat. 7 1/2 Uhr: Kampf der Geschlechter

Volkstheater, Preise Wallner-Theater 8 Uhr: Sprung L. d. Ehe

Lustspielhaus 8 Uhr: Kaiser Jones

Komische Oper Allabendl. 7 1/2 Uhr: Die große Revue

SO. 17. Tägl. 8 Uhr: Internat. VARIETE

„Mutter“

Waldhalla Theater Weinbergweg

15 Wettattraktionen

WINDGARTEN Varieté-Spielplan

Feidstall-Theat. Tägl. 7 1/2 Uhr

ELITE Sängerkreis

Ausbau der Kinderfürsorge

Dr. Selma Schäfer-Auweck

Eine notwendige Schrift für Behörden

Goldm. - 12

J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H.

SW 68, Lindenstr. 7

Bettwäsche Wäschestoffe

Handtücher, Hemden, etc.

Wäschefabrik Einhorn

an d. Hermannstr.

Wertbeständige Preussische Staats-Lotterie

100 000 Lose — 3000 Gewinne zusammen

450000 Dollar

Gold-Anleihe = 1890000 Rentenmark

darunter

- 1 mal 50000 Dollar = 210000 Rentenmark
- 1 mal 30000 Dollar = 126000 Rentenmark
- 1 mal 20000 Dollar = 84000 Rentenmark
- 2 mal 10000 Dollar = 84000 Rentenmark
- 5 mal 5000 Dollar = 105000 Rentenmark

Preussische General-Lotterie-Direktion
Berlin W 8, Markgrafenstr. 39

Lose zu haben bei allen staatlichen Lotterie-Einnehmern

Große Volksoper im Theater des Westens 7 1/2 Uhr: **Carmen**

Neues Operetten-Theater Der **Kausche** Thiescher **Lebemann**

Apollo-Theater 7 1/2 Uhr: **Volk und Krone**

URANIA

Taubenstr. 48/49 (Untergdbf. Kaiserhof)

FILM-VORTRÄGE

Oberling, DREYER, Hannover

Donnerstag, den 17. Januar, 8.30 abends
Freitag, den 18. Januar, 8.30 abends
Sonntag, den 20. Januar, 6 u. 8.30 abends

Ozeanfilm

Bau eines Ozeandampfers. Wie steuert man die Küste an? Bojen, Raketen, Leuchtfeuer auf See. Drantlose Telegraphie, ein Nord des größten Lloyd-dampfers. Einlaufen in den Hafen von New York. — Seemannshumor. —

Einlage: Betrieb einer Lanz'schen Dreschmaschine.

Sonntag, den 20. Januar, 6 Uhr abends:

Im Wunderreiche der Technik u. Natur

1. Bau eines Riesenschiffes für Kap Dilleiro. (Hochinteressante Trickfilme!) — 2. Auf einem Schiffsmodell des Norddeutschen Lloyd (Segelschiffaufnahmen, Ausbildung von Offizieren und Mannschaften). — 3. Baden-Baden, das weltberühmteste Thermalbad im Schwarzwald. Jugendl. zugelassen. Vorverkauf: Theaterkasse

Neue Welt

Inhaber: A. Scholz Hasenheide 108-114

Heute, Donnerstag, den 17. Januar:

Bockbier-Fest

in den bayerischen Alpen

8 Kapellen • Bayerische Mad'l • Rutschbahn

Großes Schweineschlachten

Spezialität: **Schlachtschüssel** und **Großer Alpenball**

Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Juweller **Hermann Wiese** Artilleriestr. 30, Passauer Str. 12, empfiehlt sich allen Brautleuten

Trauringe

In Preiswürdigkeit und Qualität unerreicht.

- 1 Trauring Duk.-G. v. 12.00 M. an
- 1 Ring 588 gest. v. 7.80 M.
- 1 Ring 233 gest. v. 4.00 M.
- Einfache Ringe v. 2.00 M.

Lose zu amtlichen Preisen

Ganze 42.— Rentenmark
Halbe 21.— Rentenmark
Fünftel 8.40 Rentenmark
Zehntel 4.20 Rentenmark

Kröger

Staatl. Lotterie-Einn. Berlin W 8, Friedrichstrasse 192-193 nahe Leipziger Straße.

Nährflocken

Besuchen Sie unsere **Demonstration** im EXIM-Haus Friedrichstr. 58, Ecke Leipziger Str. Kostproben — ein Versuch — gratis! Deutsche Nährflockenwerke A.G.

KLEINE ANZEIGEN

In der Gesamt-Auflage des Vorwärts sind besonders billig und haben **große Wirkung!**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Kronenbetriebe Achtung!

Die Versammlung der Kollegen und Kolleginnen aus den Betrieben des Verbandes der Fabrikanten landgewerblicher Betriebsangehöriger findet nicht am Montag, den 21. Januar, sondern morgen, Freitag, den 18. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Hotel Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147, statt. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die am Donnerstag, 17. Jan., feierliche Vertrauensmännerversammlung der Zigarettenmaschinenfabriken über u. Betriebsbetriebe findet nicht statt.

Kommissions-Sitzung

Die Vertrauensmännerversammlung der Gewerke und Betriebe findet heute, Donnerstag, 17. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel von Sachse, Einhorn-Strasse 20.

Freitag, den 18. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Verbandsbüro (Eingangsweg), Eintrachtsstr. 83/85.

Außerordentliche Brancherversammlung der Zigarettenmaschinenfabriken und Betriebsbetriebe.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Die Sitzung der mittleren Ortsverwaltung fällt am Freitag, den 18. Januar, aus.

Bettwäsche

Handtücher, Hemden, etc.

Wäschefabrik Einhorn

an d. Hermannstr.

Verkäufe

Rinderbraterei, gebraucht 10 Stk. Rinderbraterei, gebraucht für 3-10 jähriges Mädchen, wenig getragen, verkauft 1200, Götterstraße 87 a. IV, Schönbach-Platz.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Reichhaus Friedrichstraße 2 (Gallische Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Mäntel, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Regenmäntel, Seidenmäntel, Kravatten, Strümpfe, Handschuhe, Wäsche zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Kauf Kredit. Enorm billige Herrenanzüge, Seidenmäntel, Fertig und nach Maß. Liefer. sofort, Kollnbeckerstr. 22a, Schönbach-Platz.

Reisefläche 10, Plagen 18, Pelzjackett 60, Sportpelze 60, Gehpelze 100, Damen-Regenmäntel aller Art. Ferner Anzahl 18 bis 25, Schläfer 17 bis 20, Gardinen, Teppiche, Wäsche, Bettgeräten enorm billig im Gelegenheitskauf. Schönbach-Platz 10a.

Schneiderei, Sportpelze, gebügelt Ausfertigung, leicht 15, 12, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Bettwäsche

Unsere neueste Kalkulation mit allergeringstem Nutzen, sowie unsere Eigenart als reines Spezialgeschäft machen es möglich, daß wir zu Preisen verkaufen können, die als rational billig zu bezeichnen sind. Wir haben nicht die Absicht, geringe Waren zu billigen Preisen anzubieten, sondern wir bringen in unseren Artikeln nur das Beste und Halbbeste.

Unsere Schutzmarke ist die Gewähr für hochwertige Qualitätsware

Louislanntuch, 150 cm breit, für Bettwäsche . . . 1.40 1.85 2.10
Louislanntuch, 80 cm breit . . . 0.90 1.15 1.20
Deckbettbezüge, Linnen, ohne Naht, gut Qual. 100x200 6.90 7.80 8.25
Inn-Überbetten, gute Qual. 10.00 14.00
Hemdenluch, gute Qual., 80 cm breit . . . 0.75 0.85 0.95
Klassenbezüge, 60x80 . . . 0.80 1.10 1.40
Handtücher, erprobte Garlen, korwarz . . . 0.85 0.95 1.05
Handtücher, beste Halbinnen, Gerste in Jacq. Kart. 1.45 1.05 1.00

Keagenstände vorbehalten. Zuverkommend Bedienung. Kein Verkauf an Händler

GRÖßTE SOZIALABEIM. . . Protierwäscher

Wäsche, Damast, Seiden, etc.

Berliner Bettwäsche-Fabrik
Chausseestraße 88
Puttkammerstraße 1
Ecke Wilhelmstr. (5 Min. v. Anhalter St.)
Geöffnet 9-7.

Möbel

Große Freude machen Ihnen unsere Ausnahmepreise. Wundervolle Modelle, gebügelt verarbeitet. Speisezimmer 200, 400, 600, Schlafzimmer 200, 400, 600, Herrenzimmer 200, 400, 600, 800, 1000, 1200, 1500, 1800, 2000, 2500, 3000, 3500, 4000, 4500, 5000, 5500, 6000, 6500, 7000, 7500, 8000, 8500, 9000, 9500, 10000.

Reisefläche 10, Plagen 18, Pelzjackett 60, Sportpelze 60, Gehpelze 100, Damen-Regenmäntel aller Art. Ferner Anzahl 18 bis 25, Schläfer 17 bis 20, Gardinen, Teppiche, Wäsche, Bettgeräten enorm billig im Gelegenheitskauf. Schönbach-Platz 10a.

Berliner Bettwäsche-Fabrik

Chausseestraße 88
Puttkammerstraße 1
Ecke Wilhelmstr. (5 Min. v. Anhalter St.)
Geöffnet 9-7.

Tabakmanufaktur Schraga

Berlin C2, Stralauer-Str. 34, Tel. Alex 668
Niederlage: Schiffbauerdamm 2
dir. a. Bahnh. Friedrichstr. (Weißend Br.)
Stark Niesensucht in Marken-Zigaretten, Zigarren, Tabaken, Kan- u. Schonglöhaken
Sonderangebot! Zigarren erster Fabriken von 5/10 P. einschl. Steuer

Musikinstrumente

Violen preiswert, Klaviermodern
Einf. Strassenstraße 33
Mebungsgelände 22, Cranienstraße 60

Kaufgesuche

Federfeder kauf Dintenstraße 19
Schulplatten, Umwickel und Anlauf.
Schönhauser Allee 50, Hof 1.
Klaviers kauf zu jedem Preis
Alberstr. Cranienstraße 60, Kranien-
straße 102/104 Gen.

Geloverkehr

Billiches, Rotenstraße, Möbel-
geschäft. Berlin, Kollnbeckerstr. 1
(Kollnbeckerstr.)

Vermietungen

Sofort möbliertes freundliches
Zimmer, Nähe Engelauer, Altes
Eigentum, Best. vorhanden. Aufstiegs-
arbeiten: Anna Tessinstr., Engel-
auer 24/25 II, Zimmer 43/44.

Verschiedenes

Buchführungsarbeiten, Beratung in
Bank- und Steuerfragen, Jahres-
abschluss, Bilanz, Kollnbeckerstr. 1,
Zimmer 10 II.

Steuervermittlung, Jahresabschluss, Buch-
führung, Kollnbeckerstr. 1, Zimmer
10 II.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Ausführer verlangt Selbststän-
dige 32. 54229
Gemeinschaft, sowie Hauswirtschafts-
rätinnen außer dem Hause verlangen
Gehalts u. Wohnort, Zimmerstr. 20,
Querstraße 3. 54229

Automaten-Einrichter

Hält ein Kutsche, Brandenburgstr. 15

Perfekte Motorenschlosser

zum sofortigen Antritt gesucht
Naag Niederlausitzer Auto-
mobil A.-G., Cottbus

Heimarbeiterin

flüchtig, gelernt, 1 Stunde u. 10 Minuten
bei dauernder Beschäftigung per sofort gesucht.
Merles & Co., Lindenstr. 35

Größe Näherinnen

für Größengröße, einfache Damen-
nachdem und Anodenenden
erhalten außer dem Hause Beschäfti-
gung. Verdiensten von 9-12 Uhr.
A. Wertheim
G. m. b. H., Cranienstr. 32.

Bote

14-15 Jahre alt, mit
eigenem Rad,
sofort verlangt
Vorkauf - Redaktion
Lindenstr. 3

Stellengesuche

Leiter einer guten, nicht-
preiswertigen,
bei 1000 M. im
Jahr, mit 1. Dienst-
buch, erl. wünsch.
ich empfehle, per
Ang. um 7.26 an d.
Exp. d. „Vorw.“, ab-
g. b.

Redegewandte Damen

zur Gewinnung von Anzeigen von
einer großen Tageszeitung gesucht

Offerten unter E. 26 an die Hauptexp-
dition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.